Landtag Mecklenburg-Vorpommern Protokoll Nr. 23
6. Wahlperiode
Enquete-Kommission
„Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

K U R Z P R O T O K O L L

der 23. Sitzung der Enquete-Kommission
„Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“
am Freitag, dem 20. Juni 2014, 12:00 Uhr,
in Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitz: Abg. Jörg Heydorn

AUSSERHALB DER TAGESORDNUNG

Teilnahme des Abg. Johannes Saalfeld und des Abg. Michael Silkeit an der Sitzung

T A G E S O R D N U N G

1. Bericht des Chefs der Staatskanzlei Dr. Christian Frenzel
   „Ehrenamtsstiftung Mecklenburg-Vorpommern“

   in Verbindung mit dem

2. Bericht der Herbert Quandt-Stiftung
   „Engagement und Teilhabe im Alter“

   hierzu: Anlage 1

3. Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, RefL Lutz Scherling, **„Regionale Schrumpfung gestalten“**

   hierzu: Anlage 2

4. Allgemeine Kommissionsangelegenheiten
   - Nächste Sitzung am 27. Juni 2014

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

6. Wahlperiode

Enquete-Kommission

„Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

Anwesenheitsliste

23. Sitzung am 20. Juni 2014, 12:00 Uhr,
Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitzender: Abg. Jörg Heydorn **Stellv. Vorsitzende: Abg. Karen Stramm**

1. Mitglieder der Enquete-Kommission

Ordentliche Mitglieder		Stellvertretende Mitglieder	
Name	**Unterschrift**	**Name**	**Unterschrift**
Von der Fraktion der SPD benannte Mitglieder			
Albrecht, Rainer, MdL		Donig, Ingulf, MdL	
Barlen, Julian, MdL		Kaselitz, Dagmar, MdL	
Heydorn, Jörg, MdL		Saemann, Nils, MdL	
Tegtmeier, Martina, MdL		Wippermann, Susann, MdL	
Blank, Roland		Hercher, Liane	
Deiters, Thomas		Beyer, Thomas	
Drecoll, Erika		Paetow, Brigitte	
Gagzow, Wolfgang		Petau, Monika	
Von der Fraktion der CDU benannte Mitglieder			
Friemann-Jennert, Maika, MdL		Reinhardt, Marc, MdL	
Schubert, Bernd, MdL		Schütt, Heino, MdL	
~~Texter, Andreas, MdL~~ Silkeit, Michael MdL		Lindner, Detlef, MdL	
Schapper, Helmut		Jonitz, Dietmar	
Schröder, Jan Peter		Lagemann, Helga	
Wiechert, Markus		Kaiser, Klaus-Dieter	

Von der Fraktion DIE LINKE benannte Mitglieder

Koplin, Torsten, MdL		Dr. Al-Sabty, Hikmat, MdL	
Stramm, Karen, MdL		Bernhardt, Jacqueline, MdL	
Dr. Syrbe, Barbara		Müller, Irene	
Dr. Weiß, Wolfgang		Speck, Andreas	

Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN benannte Mitglieder

Gajek, Silke, MdL		Berger, Ulrike, MdL	
Dr. Hill, Renate		Kistler, Anja	

Von der Fraktion der NPD benannte Mitglieder

Köster, Stefan, MdL		Andrejewski, Michael, MdL	

2. Ständige Gäste der Enquete-Kommission mit beratender Stimme

Zugehörigkeit	Name	Unterschrift
Landesseniorenbeirat M-V e. V.	Bernd Rosenheinrich	
Staatskanzlei M-V	Tilmann Laubner	
Sozialministerium M-V	Elvira Henke	

3. Ministerien, Behörden und sonstige Teilnehmer

Ministerium bzw. Dienststelle, Verband etc. pp. (bitte Druckschrift)	Name, Vorname (bitte Druckschrift)	Dienststellung/ Funktion (in Druckschrift, nicht abgekürzt)	Unterschrift
Fraktion B 90/DIE GRÜNEN	Saalfeld, Johannes	Abgeordneter	
11	Thomas, Kerstin	Ref	
CDU	Anders	Ref	
SPD	Moser, Jörg	Ref	
DIE LINKE	Steffens, Sabine	Wiss	
Heinrich-Böll-Stiftung	Antje, Mandius		
SN IX 420	Wollendorf, Susanne	Rin	
B90/G	STEINBACH, MARC	ASSISTENT	

4. Anzuhörende

Einrichtung (bitte Druckschrift)	Name, Vorname (bitte Druckschrift)	Dienststellung/ Funktion (in Druckschrift, nicht abgekürzt)	Unterschrift
Staatskanzlei M-V	Dr. Frenzel, Christian	Chef	
Staatskanzlei M-V	Hain, Franziska	Referatsleiterin	
H. Quandt-Stiftung	Dr. Löffler, Roland	Leiter	
H. Quandt-Stiftung	Dr. Eichert, Christof	Gf. Vorstand	
LU des Landes M-V	Scherling, Lutz	Referatsleiter	
H. Quandt-Stiff.	Gillwald, Sebastian	Volontär	

AUSSERHALB DER TAGESORDNUNG

Vors. **Jörg Heydorn** erklärt, dass Abg. Johannes Saalfeld für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Abg. Michael Silkeit von der Fraktion der CDU an der Sitzung teilnehmen wollen, obwohl sie weder Mitglieder noch stellvertretende Mitglieder seien. Aus seiner Sicht spreche nichts dagegen.

Die **Kommission** stimmt der Teilnahme des Abg. Johannes Saalfeld und des Abg. Michael Silkeit zu.

PUNKT 1 DER TAGESORDNUNG

Bericht des Chefs der Staatskanzlei Dr. Christian Frenzel
„Ehrenamtsstiftung Mecklenburg-Vorpommern“

in Verbindung mit dem

PUNKT 2 DER TAGESORDNUNG

Bericht der Herbert Quandt-Stiftung
„Engagement und Teilhabe im Alter“
hierzu: Anlage 1

Dr. Christian Frenzel (Chef der Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern) berichtet über den Stand der Vorbereitung einer Ehrenamtsstiftung in Mecklenburg-Vorpommern. Da sich die Enquete-Kommission mit den Fragen des Zusammenlebens und des künftigen Miteinanders der Generationen beschäftige, sei dies der ideale Ort, das wichtige Thema „Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt“ zu erörtern. Dr. Christoph Eichert von der Herbert Quandt-Stiftung werde nachfolgend zu Engagement und Teilhabe im Alter ergänzen. Dabei gehe es ebenso wie beim Vortrag des Vertreters des Landwirtschaftsministeriums zu Thema „Regionale Schrumpfung“ nicht allein um die Problemerörterung, sondern um die Gestaltungschancen. Ehrenamt stifte Gemeinschaft und führe zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und sei daher wichtig für Mecklenburg-Vorpommern. Ehrenamt und Engagement könnten weder von der Landesregierung verordnet noch durch Gesetz vorgeschrieben werden. Es hänge vielmehr von aktiven Menschen ab, die sich einbringen und etwas bewegen wollten. Allerdings könnten alle Akteure im Land inklusive der Exekutive und der Gesetzgebung die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass die Freiwilligen unterstützt und gefördert würden. Dies sei die grundsätzliche Überlegung aus der heraus im Frühjahr 2015 die Gründung einer Stiftung für Ehrenamt und Bürgerschaftliches Engagement erfolgen solle. Ein Drittel der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern engagierten sich ehrenamtlich, viele von ihnen bei der Feuerwehr und beim Sport, ohne sie sei diese Arbeit nicht möglich. Dafür hätten die Organisationen Strukturen aufgebaut, die den Ehrenamtlichen ihre Tätigkeit vereinfachten und sie unterstützen. Die Engagierten wüssten, an wen sie sich wenden könnten und bekämen Fortbildungen angeboten. Allerdings gebe es auch Bereiche, in denen keiner der großen Verbände auftrete. Vereine, Gruppen oder einzelne hätten z. B. bei der Arbeit mit Älteren, im Heimatverein, im

Integrations- oder Dorfverein keine festen Strukturen und keine hauptamtlich Tätigen, die sie unterstützen. Auf diesen Initiativen solle der Fokus der Stiftung liegen. Auf Grund der geringeren Bevölkerungsdichte und der längeren Wege stehe insbesondere im ländlichen Bereich das ehrenamtliche Engagement vor größeren Herausforderungen als in den Städten. Als Schwerpunkt bei der Auswahl der Orte, in denen man in das Gespräch mit den Ehrenamtlichen eintreten wolle, seien bewusst die Zentren im ländlichen Raum ausgewählt worden. Ehrenamtlichen vor Ort wüssten am besten, wo der Schuh drückt und wie entsprechende Lösungen aussehen könnten. Um über konkrete Anforderungen an eine Stiftung mehr zu erfahren, wolle man mit den Ehrenamtlichen ins Gespräch kommen, deren Erfahrungen nutzen und in die Konzeption der Stiftung einfließen lassen. Dazu hätte es am Vortag in Sternberg eine sehr engagierte und pulsierende Auftaktveranstaltung gegeben. Es seien auch Landtagsabgeordnete, ein Bundestagsabgeordneter und gut 60 ehrenamtlich Engagierte insbesondere aus den strukturschwachen Räumen dabei gewesen. Diese Ehrenamtlichen seien untereinander und mit den Vertretern der Staatskanzlei ins Gespräch gekommen. Dies sei der Auftakt für eine Reihe von insgesamt vier Werkstattgesprächen, die im September durchgeführt würden. Die Termine seien jeweils an einem Sonnabend, da die Engagierten auch in ihrem Erwerbsleben stark eingebunden seien. Die Staatskanzlei habe Informationsblätter mit den Terminen und Orten für die Werkstattgespräche erstellt. In dem beginnenden Dialogprozess würden auch Erkenntnisse aus Untersuchungen anderer Institutionen mit aufgenommen. Insbesondere habe die Herbert Quandt-Stiftung dem Land Mecklenburg-Vorpommern gute Voraussetzungen bei der Stärkung des freiwilligen Engagements attestiert. Der Ministerpräsident werde sich am kommenden Dienstag in Greifswald persönlich an dem Engagement-Dialog der Herbert Quandt-Stiftung beteiligen. Hinsichtlich der Struktur der geplanten Ehrenamtsstiftung gebe es noch kein festes Konzept, sondern lediglich Vorüberlegungen, da man im Dialog mit den Ehrenamtlichen diese Fragen klären wolle. In einem Dialogprozess solle genauer herausgefunden werden, was die konkreten Probleme seien. Es gebe fünf Themenfelder, mit denen man sich insbesondere befassen werde. Der erste Punkt sei die Beratung, wobei die Stiftung als unbürokratischer Ansprechpartner fungieren solle. Fragen zur Versicherung, zur Beantragung von Fördermitteln, die Gründung eines Vereins oder die Organisation von Vereinsfesten würden behandelt werden. Eine zweite Säule sei die Weiterbildung und dabei in erster Linie die Vernetzung der

bereits bestehenden Angebote. Eine Stiftung könne dafür werben, die Angebote für mehr Menschen zu öffnen, damit der Aufwand insgesamt geringer werde. Vernetzung sei ein damit eng verbundener Bereich. Viele engagierte Einzelkämpfer würden mit ihrem Engagement allein gelassen. Durch eine regionale oder landesweite Vernetzung könnten Erfahrungen ausgetauscht werden und potenziell Interessierte und diejenigen, die auf der Suche nach Engagierten sind, zusammengeführt werden. Dazu könne das Internet genutzt werden. Der vierte Punkt sei die Würdigung und Anerkennung des Ehrenamtes. Dies werde bereits in verschiedenen Formen gelebt, wie Empfänge des Ministerpräsidenten für Ehrenamtliche in den Kommunen verdeutlichten. Ein wichtiger Punkt sei, dass die Lebenspartner der Aktiven in den ländlichen Gebieten mit einbezogen werden, da das familiäre Leben durch das ehrenamtliche Engagement leicht belastet werden könne. Eine weitere Möglichkeit, sich bei den Aktiven zu bedanken, sei die Ehrenamtskarte. Sie gebe es bereits in Rostock und sie werde in anderen Kommunen und Landkreisen als ein sinnvolles Instrument zur Anerkennung diskutiert. Beispielhaft erwähne er die Güstrower GoldCard, eine Rabattkarte, die auf Initiative der Händler in der Stadt an besonders engagierte Ehrenamtliche weitergegeben werde. Neben diesen guten Ideen und Beispiele könne die Ehrenamtsstiftung weitere Initiativen ergreifen und unterstützen. Auch mit dem Thema „Finanzierung“, das von großem Interesse sei, werde sich die Stiftung beschäftigen. Den Stiftungsgedanken mit der finanziellen Förderung in Verbindung zu bringen habe im Dialogprozess keinen Vorrang. Aber es fehle vielen Engagierten, Initiativen und Vereinen das Geld, um gute Ideen umzusetzen. Es gebe zahlreiche Beispiele, wo es wichtig sei, unbürokratisch und auf überschaubarem Niveau zu helfen. Das sei bisher nicht möglich gewesen. Dabei könne Ehrenamt keine staatliche Aufgabenwahrnehmung ersetzen. Der Staat dürfe sich nicht aus seiner politischen und gesellschaftlichen Verantwortung zurückziehen, aber das Ehrenamt sei eine wesentliche Stütze für das gesellschaftliche Miteinander. Die Landesregierung freue sich über die Unterstützung und Teilhabe an einem aktiven Dialogprozess zur Gründung einer Ehrenamtsstiftung. Er bittet um die Verbreitung der Informationen zur Gründung und Gestaltung der Ehrenamtsstiftung. Frau Franziska Hain von der Staatskanzlei sei dazu die erste und direkte Ansprechpartnerin und Verantwortliche. Er erwarte einen intensiven

Gesprächsprozess mit allen Beteiligten, um zu einer zielführenden Gestaltung des ehrenamtlichen Engagements zu kommen.

Vors. **Jörg Heydorn** erklärt, dass die beauftragten Gutachten zu Mobilität sowie Gesundheit und Pflege für November erwartet würden. Um das Themenfeld „bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe“ termingerecht behandeln zu können, solle damit im Herbst begonnen werden. Dies passe zu der zeitlichen Planung der Landesregierung, nach der die Stiftungsgründung im 1. Halbjahr 2015 erfolgen solle. Er rufe nun den Tagesordnungspunkt 2 auf, der inhaltlich anknüpfe. Dazu begrüße er Dr. Christoph Eichert und Dr. Roland Löffler von der Herbert Quandt-Stiftung, die mit verschiedenen Projekten in Mecklenburg-Vorpommern bereits aktiv seien. Dafür bedanke er sich. Von besonderer Bedeutung sei, so die gemeinsame Auffassung, wie sich die Situation in Mecklenburg-Vorpommern von anderen Regionen in der Bundesrepublik unterscheide. Die nächste Frage stelle sich nach den Rahmenbedingungen, die nötig seien, um das bürgerschaftliche Engagement zu unterstützen.

Dr. Christof Eichert (Geschäftsführender Vorstand der Herbert Quandt-Stiftung) bedankt sich für die Bereitschaft, die vorhandenen Erfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern aufzunehmen. Er versuche einen Bogen zwischen der Studie „Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl“ und der konkreten Arbeit der Enquete-Kommission in Mecklenburg-Vorpommern zu schlagen. Vor seiner Tätigkeit bei der Herbert Quandt-Stiftung sei er Abteilungsleiter in Nordrhein-Westfalen für den Bereich Generationen, also Jugend, Familie, Kinder und Senioren, gewesen. Es sei keine kluge Politik, streng maßgeschneiderte Politik für die einzelnen Bereiche zu machen. Die demografische Entwicklung sei über alle Generationen zu betrachten und nicht an einer bestimmten Altersgrenze auszurichten. Zusammen mit der Mecklenburger AnStiftung habe die Herbert Quandt-Stiftung ein Programm aufgebaut, das sich mehr mit dem den ländlichen, ärmeren Räumen im Binnenland und weniger mit der gut funktionierenden Küstenregion beschäftige. Die Herausforderungen für Gesellschaft und Politik unterschieden sich dort massiv von denen in Ballungsräumen. Eine spezifische Betrachtung sei nötig, und man konzentriere sich ganz bewusst auf Mecklenburg-Vorpommern, weil man wisse, dass dieses Land den anderen Bundesländern im demografischen Wandel an vielen Stellen voraus sei. Sammle man hier Erfahrungen, würden die „gebrauchten Bundesländer“ – dies sei ein

wunderbarer Begriff – einiges daraus lernen können. Die Herbert Quandt-Stiftung sei bereits in Hessen gefragt worden, ob sie Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern einbringen könne. Man habe ein Programm mit vier Bausteinen in Anklam, Greifswald, Lalendorf und Demmin aufgebaut. In Schwerin habe die Diskussionsreihe „Gedanken zur Zukunft“ und in Wismar die Denkwerkstatt mit der Mecklenburger AnStiftung stattgefunden. Zudem wurden die Studien „Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl“ und die „Kunst des Bleibens“ von Wolf Schmidt herausgegeben. In dieser Studie hätte Nikolaus Werz einen Beitrag zu den Besonderheiten dieses Bundeslandes im Vergleich zu anderen geschrieben. Dieser sei als ein Baustein der gesamten Projektarbeit wichtig, weil man nicht einfach sagen könne, es sei irgendwie anders, aber man wisse nicht genau, wie. Die Unterschiede kämen deutlich zum Tragen und dies werde in dem zweiten Punkt der Präsentation deutlich. Nikolaus Werz betone in seinem lesenswerten Essay die historisch begründeten Abweichungen bei den Erwartungen an den Staat. Es könne nicht sein, dass man eine im städtischen Raum, von einer starken Mittelschicht entwickelte, westdeutsche Idee einer Bürgergesellschaft direkt übertrage. Vielmehr sei die historische Erwartung an den Staat, einer noch ungefestigten Gesellschaft mehr Strukturen anzubieten. Die aktuelle Balance zwischen der Bürgergesellschaft und dem Staat sei einfach eine andere. Dies finde sich in den Strukturen auf Landkreis- oder Landesebene wieder. Punkte wie überdurchschnittliche Alterung bis hin zur Quote der Engagierten seien bekannt, auch streife er nur kurz die Ausgangsfragen und das Vorgehen. Wichtig sei, dass man nicht quantitativ wie ein großes Marktforschungsinstitut befragt habe, sondern 80 Personen auswählte. Über die Auswahl könne man streiten, doch sei eine aussagekräftige Datenlage mit sehr detaillierten Antworten zustande gekommen. Die Grundformel für Engagement-Bereitschaft, die jenseits jeden Alters immer wieder auftauche, bestehe aus den Faktoren Bildung, soziale Integration durch Arbeit und einem Mindestmaß an finanzieller Unterstützung. Dies führe zu einer Bereitschaft zum freiwilligen Engagement, nicht unbedingt zu dem Engagement selbst. Engagement könne man nicht verordnen. Die einzelnen Einflussfaktoren seien beschrieben worden. Auf die Rolle der gesellschaftlichen Kräfte und Parteien werde er noch näher eingehen. Die Studie sei im April 2013 erarbeitet worden, parallel habe die Denkwerkstatt ihre Arbeit aufgenommen. In der nächsten Woche würden die Empfehlungen der Teilnehmer der Denkwerkstatt zur Entwicklung der Engagementstruktur in

Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt. Das Papier enthalte fast identisch die fünf Punkte, die der Chef der Staatskanzlei als Mittelpunkt bereits vorstellte. Interessant sei die Frage nach dem positiven Einfluss der politischen Parteien. Die Gespräche hätten deutlich in den Vordergrund gerückt, dass Politiker und die Parteien der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE eine starke Rolle einnehmen, gemeinsames Anpacken entwickelten und damit Engagement befördern sollten. Dann entstehe kein gesellschaftliches Vakuum, wie es in einigen Orten spürbar gewesen sei. Dort würden bestimmte gesellschaftliche Räume von den Parteien nicht mehr so bedient, dass die Menschen sich abgeholt fühlten. Jedem im Westen müsse gesagt werden, wie gering die Zahl der Mitglieder in den Parteien in Mecklenburg-Vorpommern sei. Das bedeute, dass man an eine Partei in Mecklenburg-Vorpommern angesichts ihrer Mitgliederstruktur nicht die gleichen Erwartungen stelle dürfe wie in anderen Bundesländern. Hinsichtlich Infrastruktur für Engagement und ideelle Anerkennung schließe sich die Frage an, was in Mecklenburg-Vorpommern bereits existiere und in den Mittelpunkt der Debatte gestellt werden könne. Der Anteil freiwillig Engagierter ist nach den Zahlen des Freiwilligensurvey 2009 in Mecklenburg-Vorpommern mit 29 Prozent bundesweit der drittschlechteste Wert und verdiene eine differenziertere Beachtung hinsichtlich der Altersstruktur. Bei den über 60-Jährigen sei die Gesamtquote am niedrigsten. Umgekehrt heiße dies aber auch, dass hier ein großes Potenzial sei. Über 50 Prozent hätten dazu gar nichts geäußert und dieser Gruppe zumindest einen Denkanstoß hinsichtlich Engagements zu geben, sei eine lohnende Aufgabe. Eine weitere Erfahrung werde mit der Partizipationsspirale eingebracht. Die Befragung von 30.000 Jugendlichen, zu ihren Erwartungen und Möglichkeiten für das Engagement, ergab fünf Punkte zur Partizipationsintensivierung, die auch auf Ältere übertragen werden könnten. Das wichtigste seien Informationen über Beteiligungsangebote, weiterhin die Gewissheit über das eigene Können, die Mitwirkungsmöglichkeiten im Alltag, Angebote von Vereinen und Institutionen, ähnliche Haltungen und die Engagement-Neigung im Bekanntenkreis sowie die Absicht, etwas zu verändern. Diese Spirale führe zu Engagement und die Einzelpunkte bauten aufeinander auf. Sich lediglich aus einer bestimmten Absicht heraus zu engagieren reiche nicht aus. Es fehle oft das Handwerkszeug und die Basis. Einzelne Elemente wie Bürgerstiftungen, Seniorenbüros, Bürgerinitiativen usw. seien hinsichtlich der Engagementförderung in Mecklenburg-Vorpommern bereits vorhanden. Es gebe knapp 80

engagementfördernde Institutionen unterschiedlicher Bezeichnung, die wie ein bunter Strauß mit nicht immer erkennbaren Strukturen seien und ein einheitliches Bild und mehr Dauerhaftigkeit verdienten, wie z. B. die Anlaufstellen auf Landkreisebene. Hinsichtlich dieser Einrichtungen müsse man sich fragen, ob sie nur für Insider oder für alle Bürger erkennbar seien. Das Ergebnis der Überlegungen aus der Arbeit der Denkwerkstatt und der Herbert Quandt-Stiftung sei die Forderung nach einer ressortübergreifenden Politik und einer Harmonisierung der Unterstützung in den Ressorts. Es sei erstaunlich, wie viele Haushaltsmittel unter den verschiedensten Gesichtspunkten eingesetzt würden. Wichtig sei eine für den Kunden erkennbare, zentrale Kommunikationsstrategie, die wie eine Klammer fungiere. Die Engagementbrücke zwischen einem traditionell stark ausgeprägten Staat in Mecklenburg-Vorpommern und einer kommenden Bürgergesellschaft müsse hergestellt werden. Die Vernetzung und Qualifizierung von Seniorinnen und Senioren sei bereits angesprochen worden. Hinsichtlich der geringen Quote Engagierter sei es besonders wichtig, die Menschen zu ermächtigen, ihre eigenen Angelegenheiten in Angriff zu nehmen. Dafür bräuchten sie Kommunikationsmöglichkeiten, Kompetenzen, eine dauerhafte Absicherung der engagementfördernden Einrichtungen, Räume, in denen sich Menschen begegnen könnten. Elementar für bürgerschaftlichen Zusammenhalt sei die Kunst der Begegnung und des Zusammenkommens ohne Hürden, Eintrittsgeld oder Vereinsmitgliedschaft. Der alte Kirchplatz in Wattmannshagen sei wunderschön saniert gewesen, aber kaum genutzt. Man habe Mittel für die Möblierung und Ausstattung dazu gegeben und heute sei dies ein Ort der Begegnung. Auch kleine Orte der Begegnung seien zentrale Bausteine für freiwilliges Engagement. Eine mögliche Struktur für Mecklenburg-Vorpommern basiere auf vier Bausteinen: der allgemeinen Engagementpolitik der Staatskanzlei, den Fachministerien, die das Engagement immer in die gemeinschaftliche Strategie einbinden müssen, der Landesstiftung und nicht zu vergessen der Landeszentrale für politische Bildung. Gedanken und bisher gemachte Erfahrungen der letzten zwei Jahre in Mecklenburg-Vorpommern werde man gern weiterhin in die Debatte einbringen und freue sich auf drei weitere Jahre der Zusammenarbeit im Land.

Vors. **Jörg Heydorn** greift die Frage der Begegnungsmöglichkeiten auf und erinnert daran, dass bei der Befassung der Enquete-Kommission mit dem Thema „Wohnen“

diese Problematik als ein wesentliches Element der gesellschaftlichen Teilhabe Älterer herausgearbeitet worden sei, gerade im ländlich peripheren Raum.

Abg. **Karen Stramm** bittet um weitergehende Erläuterungen zur angedachten Rechtsform der Ehrenamtsstiftung sowie deren Finanzierung. Darüber hinaus spricht sie die Anerkennungskultur an und bringt in diesem Zusammenhang die Einführung einer landesweiten Ehrenamtskarte als Ergänzung zur Stiftung ins Gespräch.

Dr. Renate Hill (Mitglied des Vorstandes des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern) begrüßt die Idee der Ehrenamtsstiftung, insbesondere den angedachten Weg dorthin. Die offene Herangehensweise ohne im Vorfeld festgelegte Rahmenbedingungen und Strukturen sei der richtige Weg, um die Meinungen und Wünsche der Betroffenen einzubeziehen. Nach den Werkstattgesprächen sollten deren Ergebnisse in der Enquete-Kommission zeitnah vorgetragen und diskutiert werden. An Dr. Christof Eichert gerichtet fragt sie nach, inwieweit geschlechterspezifische Unterschiede in der Forschung und bei den konkreten Angeboten eine Rolle spielten.

Abg. **Johannes Saalfeld** interessiert beim Stiftungsgedanken ebenfalls die konkrete Finanzierung, insbesondere vor dem Hintergrund des gegenwärtig niedrigen Zinsniveaus. Stiftungen seien zurzeit nicht das attraktivste Finanzierungsmodell, könnten sich aber als Organisationsinstrumente gut eignen. Er bittet um weitere Ausführungen, warum der Stiftungsgedanke so sehr in den Fokus der Betrachtungen durch die Landesregierung gerückt worden sei und inwieweit es Überschneidungen mit den vom Ministerium Arbeit, Gleichstellung und Soziales initiierten Mit-Mach-Zentralen gebe. Die Landkreise hätten bis zum 25. Juni 2014 die Möglichkeit, ihr Interesse an den Mit-Mach-Zentralen zu bekunden. Er fragt nach, ob sich schon zum jetzigen Zeitpunkt eine Tendenz ableiten lasse.

CdS **Dr. Christian Frenzel** stellt fest, dass die Festlegung auf eine Ehrenamtsstiftung kein spontaner Entschluss sei. Man habe auf Erfahrungen der Herbert Quandt-Stiftung und anderer Bundesländer zurückgegriffen. Eingehend auf die Nachfrage von Johannes Saalfeld merkt er an, dass in der Tat die Organisationsstruktur einer Stiftung und weniger die gegenwärtig zu erwartenden Erträge aus Zinsen den Ausschlag für diese Entscheidung gegeben habe. In der

jetzigen Findungsphase stehe der breite öffentliche Dialog im Vordergrund. Erst nach Abschluss dieses Prozesses lasse sich abschließend feststellen, welches Stiftungskapital angemessen sei. Ministerpräsident Erwin Sellering habe auf der Landespressekonferenz am 13. Mai 2014 spontan die Zahl von 1 Million Euro Stiftungskapital genannt. Sollte der Stiftungsgedanke eine große Zustimmung finden, so stehe vor allem das Land in der Pflicht, das Stiftungskapital aufzubringen. Zur Ehrenamtskarte auf Landesebene möchte er sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiter äußern. Eine diesbezügliche kleine Anfrage sei beantwortet worden, eine zweite gegenwärtig in der Bearbeitung. Er stehe diesem Gedanken skeptisch gegenüber. Die Erfahrungen aus den einzelnen Regionen des Landes würden zurzeit ausgewertet. Eine Ehrenamtskarte sollte seiner Auffassung nach so gestaltet werden, dass sie Anerkennung für geleistetes bürgerschaftliches Engagement zolle und gleichzeitig weitere Bürgerinnen und Bürger animiere, sich selbst für die Zivilgesellschaft noch stärker zu engagieren. Gerade letzterer Effekt sei bisher in keiner Region mit der Einführung einer Ehrenamtskarte erzielt worden. Angesprochen auf die Mit-Mach-Zentralen gehe er auch ohne abschließende Erkenntnisse aus den Landkreisen davon aus, dass sich diese beteiligen werden.

Elvira Henke (Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales) ergänzt, dass inzwischen alle Landkreise ihr Interesse bekundet hätten. Konkret lägen bereits drei Projektanträge vor.

CdS **Dr. Christian Frenzel** stellt fest, dass die Mit-Mach-Zentralen ein weiteres Mosaiksteinchen in der Angebotspalette seien. Die Initiative des Fachressorts passe sehr gut in die Gesamtstrategie des Landes.

Vors. **Jörg Heydorn** hebt hervor, dass jede Diskussion zu einer Ehrenamtskarte immer den Zugang zu bestimmten Angeboten thematisieren müsse. Man solle ernsthaft über die Einführung einer Ehrenamtskarte auf Landesebene nachdenken. Dadurch könnten Prozesse auf kommunaler Ebene angeschoben oder initiiert werden. Die wünschenswerte Verknüpfung mit lokalen Angeboten sei technisch kein Problem.

Dr. Christof Eichert erläutert, dass die Herbert Quandt-Stiftung in Mecklenburg-Vorpommern ganz konkret eine Wanderausstellung engagierter Frauen unterstützt

habe, was deutlich mache, dass eine gendersensible Herangehensweise an die Gesamtproblematik nicht nur notwendig sei, sondern auch ganz bewusst praktiziert werde. Auch die Angebote in den Akademien trügen diesem Gedanken Rechnung. Allerdings seien noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Eingehend auf die Einführung einer Ehrenamtskarte auf Landesebene merkt er an, dass diese unbedingt mit der kommunalen Ebene zu verknüpfen sei. Darüber hinaus sei sicherzustellen, dass eine Ehrenamtskarte auf Landesebene auch landesweit einsetzbar sei. Hierzu bedürfe es einer entsprechenden Clearing-Stelle. Nordrhein-Westfalen habe inzwischen annähernd die Hälfte aller Kommunen einbezogen. Angesichts der steigenden Mobilität sowohl Jüngerer als auch Älterer sei dieser Aspekt nicht zu unterschätzen. Er teile die Auffassung von Dr. Christian Frenzel, dass durch eine Ehrenamtskarte nur schwer jemand zu mobilisieren sei, sich zu engagieren. Die Motivation für die Ausübung eines Ehrenamtes sei eine andere. Durch eine Ehrenamtskarte könne diese aber erhalten werden. Eine Anerkennungskultur sei in diesem Kontext nicht zu unterschätzen. Gelebte Alltagskultur der Anerkennung sei entscheidend, und nicht der jährliche Dank des Bürgermeisters oder des Ministerpräsidenten am Tag des Ehrenamtes.

Thomas Deiters (Stellvertretender Geschäftsführer des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e. V.) fühlt sich durch die beiden Vorträge in der Auffassung des Städte- und Gemeindetages Mecklenburg-Vorpommern e. V. bestätigt, dass die wichtigen Initiativen vor Ort stattfinden. Diese oftmals nur mit geringer finanzieller Unterstützung der Städte und Gemeinden entwickelten Projekte seien gerade für den ländlichen Raum unerlässlich. Die zur Verfügung stehenden begrenzten finanziellen Mittel zur Förderung des Ehrenamtes seien konzentriert einzusetzen und hierbei sei insbesondere die Fläche zu berücksichtigen. Gerade aus falsch verstandener Haushaltskonsolidierung würden in den Gemeinden, aber auch in den Landkreisen, gerade die freiwilligen Leistungen zunehmend eingeschränkt und dem Sparzwang geopfert. Er regt an, die Auswertung der Werkstattgespräche zur Ehrenamtsstiftung auch in der Enquete-Kommission vorzunehmen. Besonders interessant sei die Einbindung der lokalen Ebene. Ehrenamt und die Bereitschaft zur Übernahme eines solchen sei immer konkret und an soziale Räume gebunden. Er fragt nach, ob das Land bei der möglichen Einführung einer Ehrenamtskarte darüber nachdenke, über ein zentrales Angebot die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger

durch Rabatte zu fördern. Er mahnt an zu prüfen, ob Beratungsangebote auf Landkreisebene wirklich für breite Teile der Bevölkerung erreichbar seien. Er erachtete die Ebene darunter für geeigneter und macht das an der Größe des neugebildeten Amtes Crivitz mit einer Fläche von etwa 500 km² und einer Bevölkerungszahl von nahezu 25.000 Einwohnern fest.

Brigitte Paetow stellt fest, dass die Begriffe Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement oft parallel genutzt würden. Einer Stiftung, direkt gekoppelt an das Ehrenamt, stehe sie skeptisch gegenüber. Die Ehrenamtsstiftung solle sich an jene engagierten Einwohnerinnen und Einwohner richten, die nicht in feste Strukturen eingebunden seien. Das Ehrenamt sei aber in der Regel an diese gekoppelt. Sie sehe an dieser Stelle weiteren Klärungsbedarf. Eingehend auf Dr. Christof Eichert merkt sie an, dass die Förderung von Engagement nicht zwingend an Strukturen, wie Kommunen, gebunden sei. Sie unterstütze ausdrücklich die Feststellung von Thomas Deiters, dass sich bürgerschaftliches Engagement immer direkt vor Ort dokumentiere. Insofern sollten fördernde Strukturen oder Beratungsangebote diesem Umstand Rechnung tragen.

Jan-Peter Schröder (Geschäftsführer des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern e. V.) erachtet es für wichtig, dafür Sorge zu tragen, dass jene Menschen, die sich gesellschaftlich engagieren wollen, nicht verloren gingen, nur weil es vielleicht in ihrem Wohnort an Möglichkeiten oder Strukturen mangele. Gerade ihnen seien Angebote in der Nachbargemeinde oder im weiteren Wohnumfeld zu unterbreiten. Man müsse nicht nur die ehrenamtlich Tätigen miteinander vernetzen, sondern auch die Angebote. Das betreffe auch die unterschiedlichen kommunalen Ebenen. Der Landkreis müsse wissen, was in den Kommunen passiere und umgekehrt. Er unterstütze Dr. Christian Frenzel in seiner Aussage, dass eine Ehrenamtsstiftung kein Ersatz für staatliches Handeln sein könne. Der bürgerschaftlich engagierte Mensch dürfe nicht das Gefühl bekommen, dass sich der Staat aus der Verantwortung zurückziehe. Die Einbeziehung der kommunalen Ebene in den Prozess der Ehrenamtsförderung sei für ihn unabdingbar. Dieses habe er in den Ausführungen von Dr. Christof Eichert etwas vermisst. Die Landkreise leisteten selbstverständlich ihren Beitrag. Dies betreffe Fortbildungs- und Weiterbildungsangebote oder die Schaffung von Anerkennungsstrukturen auf der übergeordneten Ebene. Die Vor- und Nachteile einer landesweiten Ehrenamtskarte

seien zu diskutieren. In diesen Prozess seien die Unternehmen einzubeziehen. Einem Greifswalder Geschäftsmann müsse deutlich gemacht werden, warum er das Ehrenamt in Boizenburg unterstützen sollte. Die Ehrenamtskarte sehe er als einen kleinen Baustein in einem Gesamtkonzept. Eine Gesamtlösung auf diesem Gebiet sei kurzfristig kaum realisierbar. Der Prozess sei in kleinen Schritten voran zu bringen, um Widerständen oder Vorbehalten vorzubeugen.

CdS **Dr. Christian Frenzel** sieht in der bisherigen Diskussion in der Enquete-Kommission einen wichtigen Beitrag für den eingeleiteten Dialogprozess. Eingehend auf Brigitte Paetow nimmt er nochmals Bezug auf den Arbeitstitel: „Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern“. Damit werde zum Ausdruck gebracht, dass alle Facetten gesellschaftlichen Engagements zu berücksichtigen seien. Es sei in der Tat so, dass sich viele bürgerschaftlich Engagierte gar nicht als Ehrenamtler sähen, weil sie ein solches „Amt“ nicht besäßen und auch oft gar nicht anstrebten. Letztendlich sei der Stiftungsname absolut nachrangig. Wichtig sei, dass sich alle mitgenommen fühlten, für die diese Überlegungen angestellt würden. Angesprochen seien vor allem jene, die in keine Strukturen eingebunden seien. Gleichwohl sollten jedoch all jene, die in Verbänden oder Vereinen organisiert seien, von einer Teilnahme nicht ausgeschlossen werden. Der ländliche Raum sei hier von großer, aber nicht alleiniger Bedeutung. Die Auswertung der Werkstattgespräche in der Enquete-Kommission sei für ihn selbstverständlich, diese könne im Herbst erfolgen. Er hoffe auf so breit gefächerte Erkenntnisse, dass es schwierig sein werde, diese in der ganzen Komplexität darzustellen. Die Einbeziehung der lokalen Ebene verstehe sich von selbst, nur sollte die Diskussion über Strukturen am Ende des Diskussionsprozesses stehen. Die angesprochene Mobilitätsproblematik sei ein sehr schwieriges Feld. Er bitte um Verständnis, dieses zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht weiter vertiefen zu wollen. Die von Thomas Deiters und Jan-Peter Schröder angesprochene Einbeziehung der lokalen Ebene sei absolut notwendig. Die angedachten Mit-Mach-Zentralen sei nicht die einzige Form von Beratungsangeboten. Die vom Land zur Verfügung gestellte Anschubfinanzierung von 10.000 Euro pro Landkreis reiche hierfür auch gar nicht aus. Auch diese Strukturen seien nur ein Mosaikstein im Gesamtgefüge und sollten ein Anlaufpunkt für die Kommunen sein.

Dr. Christof Eichert stimmt Brigitte Paetow zu, dass einzelne ganz besonders engagierte Bürgerinnen und Bürger vor Ort Wunder bewirken könnten, wie zum Beispiel in Törpin. Das persönliche Vorbild sei durch nichts zu ersetzen. Die von ihm angesprochene Studie habe sich vorrangig der Frage der strukturellen Kerne zugewandt. An Thomas Deiters und Jan-Peter Schröder gerichtet betont er, dass er als Oberbürgermeister a. D. seine kommunalen Wurzeln nicht vergessen habe. Die Rathäuser, aber auch die Landratsämter blieben in erster Instanz Anlaufstellen für die Sorgen und Nöte der Menschen. Die in Mecklenburg durch die Kreisgebietsreform erreichte Größe der Kreise entspreche jedoch schon eher einer staatlichen unteren Ebene als einer klassischen kommunalen Ebene. Gleichwohl dürfe aber auch nicht der Eindruck erweckt werden, Rathäuser könnten alles. Daher seien alle kommunalen Ebenen, Strukturen und die sogenannten „Macher“ vor Ort einzubinden. Die Einführung einer landesweiten oder regionalen Ehrenamtskarte sollte nicht von „oben“ verordnet werden. Aufgabe des Landes sei es, die regionalen Entwicklungen miteinander zu verknüpfen. Die kommunalen Gebietsgrenzen dürften nicht die Grenzen für die Geltung einer Ehrenamtskarte sein.

Abg. **Julian Barlen** stellt fest, dass der Stiftungsgedanke des Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern den Nerv der Zeit treffe. Die mangelnde Selbstheilungskraft der Gesellschaft in einigen Landesteilen oder auch „Milieus“ gebe schnell die Antwort auf die aufgeworfene Frage von Dr. Christof Eichert, warum Parteien nicht der Rolle gerecht würden, die sie sich selber gern zuschrieben. Wichtig sei, die Voraussetzungen für ein Mehr an Engagement genau zu analysieren. Er sei der Auffassung, dass eine Stiftung einen sehr wertvollen Beitrag im Kontext einer integrierten langfristigen Strategie leisten könne. Diese Entwicklung als offenen Prozess zu gestalten sei ohne Frage der richtige Ansatz. Die Mit-Mach-Zentralen verstehe er persönlich nicht als sogenanntes „Fünftes Rad am Wagen“. Es handle sich hierbei um ein konkretes Unterstützungsangebot für eine Aufgabe, die in der kommunalen Familie ohnehin existiere und zu erfüllen sei.

Roland Blank (Geschäftsführer des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V.) stellt fest, dass nach seinem Empfinden ein großer Teil gesellschaftlichen Engagements außerhalb vorgegebener Strukturen stattfinde. Vieles erfolge aus Eigeninteresse. Dieser Aspekt sei sehr wichtig und Motivation für eigenes Handeln. Das führe auch zu gesellschaftlichem Zusammenhalt. Die

Ausführungen von Dr. Christof Eichert belegten, dass die ältere Bevölkerung bei der Wahrnehmung ehrenamtlicher Aufgaben hinter anderen Altersgruppen zurückbleibe. Das werfe die Frage auf, ob und inwieweit gerade die Älteren für die Wahrnehmung ehrenamtlicher Aufgaben stärker herangezogen werden könnten. Eine Ehrenamtsstiftung ohne Mitnahme und Einbeziehung der Wirtschaft sei für ihn undenkbar. Sie sei lokal determiniert und in der Regel eng in die regionalen gesellschaftlichen Gestaltungsprozesse eingebunden. Darüber hinaus habe die Wirtschaft seiner Meinung nach in dem angesprochenen Bereich auch Verantwortung wahrzunehmen. Er sei davon überzeugt, dass sich seine Branche, die organisierte Wohnungswirtschaft, stark engagieren werde, sofern man an sie konkret herantrete.

Dr. Wolfgang Weiß (Privatdozent an der Universität Greifswald) greift die Ankündigung von Dr. Christian Frenzel auf, konkrete Strukturen erst am Ende des Diskussionsprozesses näher zu erörtern. Man befinde sich drei Jahre nach der Kreisgebietsreform nach wie vor in einer dynamischen Entwicklungsphase, in der sich viele Strukturen finden und vernetzen müssten. Die Strukturen seien genau zu hinterfragen und Pauschalierungen zu vermeiden. Was in einem Landesteil richtig und vernünftig sei, stelle sich in einer anderen Region womöglich ganz anders dar. Er fragt nach, was Dr. Christof Eichert unter gendersensiblem Vorgehen verstehe. Als Demograf plädiere er dafür, die Kraft aufzubringen, von den juristisch festgeschriebenen biografischen Schwellen abzurücken. Das sei sicher nicht in jedem Fall möglich, etwa bei der Schulpflicht oder dem Renteneintrittsalter. Die Dynamik des Alterns sei aber nicht an Jahresgrenzen festzumachen. Gerade viele Ältere fühlten sich jung und vital und wollten am gesellschaftlichen Leben teilhaben. In den neuen Bundesländern seien sozialpsychologische Effekte zu berücksichtigen, die mit den unterbrochenen Erwerbsbiografien in den vergangenen 25 Jahren in engem Zusammenhang stünden. Diese ließen das Verhalten zahlreicher Menschen, gerade im ländlichen Raum, wo die Anonymität der Städte nicht gegeben sei, in einem anderen Licht erscheinen. Viele von ihnen seien beteiligt, hoch engagiert, aber nicht bereit, sich in Strukturen binden zu lassen. Damit seien sie statistisch nicht erfassbar. In der Realität passiere weitaus mehr. Man müsse erkennen, dass formale Strukturen deshalb oft nicht weiter helfen.

Abg. **Torsten Koplin** möchte nicht näher auf die Ausführungen von Julian Barlen zu den Selbstheilungskräften der Gesellschaft eingehen, sondern ihm stattdessen als Lesetipp das Buch „Wege aus einer kranken Gesellschaft“ vom Psychoanalytiker Erich Fromm ans Herz legen. Er erinnert daran, dass DIE LINKE im April 2012 den Stiftungsgedanken an den Landtag herangetragen habe. Damals hätten sich jedoch nur seine Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür erwärmen können. Nun sei man soweit, wenn auch in einer anderen Konstellation, darüber zu debattieren. Anknüpfend an Thomas Deiters regt er an, dass man nicht nur protokolliert bekomme, was diskutiert worden sei. Weitaus wichtiger sei, wie mit den sicherlich vielfältigen Ideen und Gedanken umgegangen werde. Die detaillierte Aufarbeitung der vorgesehenen Werkstattgespräche erachte er für außerordentlich wichtig, einschließlich notwendiger Aussagen zu den Gründen für die Aufnahme von Wünschen, Vorstellungen und Überlegungen in den Instrumentenkoffer oder deren Verwerfen. Das sei besonders wichtig, weil im Vorfeld eine hohe Erwartungshaltung erzeugt worden sei. Letztere beziehe sich auch auf die finanzielle Ausstattung der Stiftung. Er begrüße den Ansatz, dass diese Frage im Vorfeld keine Priorität habe und erst in Auswertung der eingegangenen Anregungen konkreter thematisiert werde. Gleichwohl sei diese Frage nicht in Gänze auszublenden. Die Potenzen für Stiftungen seien in Mecklenburg-Vorpommern nicht besonders stark ausgeprägt. Auch wenn das Land in diesem Prozess eine große Verantwortung übernehmen wolle, sei auch über die Einbeziehung weiterer Stiftungsunterstützer nachzudenken. Er habe den bisherigen Ausführungen entnehmen können, dass in den einzelnen Fachressorts sehr viele Initiativen und Unterstützungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Ehrenamt zu verzeichnen seien. Er hinterfragt die Möglichkeiten der Bündelung und Harmonisierung all dieser Aktivitäten. Ressortübergreifendes Denken und Handeln seien für ihn in dieser Frage unerlässlich.

CdS **Dr. Christian Frenzel** stellt fest, dass die Wirtschaft des Landes selbstverständlich in den Diskussionsprozess zur Ehrenamtsstiftung einbezogen werde. Es seien insgesamt fünf Arbeitskreise geplant. Einer trage den Arbeitstitel „Anforderungen anderer Stiftungen, der Wirtschaft und weiterer Akteure“. Die Systematisierung aller eingehenden Hinweise und Vorschläge werde ein schwieriger Prozess sein. Eine Dokumentation sei unerlässlich. Protokolle im eigentlichen Sinne

seien jedoch hierfür nicht vorgesehen. Die Landtagsabgeordneten seien aufgefordert, sich in den Diskussionsprozess aktiv einzubringen. Diese Aufgabe hätten teilnehmende Abgeordnete im ersten Werkstattgespräch in Sternberg, vor allem Barbara Borchardt, sehr gut wahrgenommen. Er stimmt Dr. Wolfgang Weiß zu, dass einzelne Modelle nicht ohne Weiteres auf andere Regionen übertragbar wären. Torsten Koplin habe völlig Recht, wenn er feststelle, dass das Potenzial für Stiftungen in Mecklenburg-Vorpommern sehr überschaubar sei. Andere Länder hätten auf diesem Gebiet allein aufgrund der Unternehmensstruktur ganz andere Möglichkeiten. Gleichwohl gebe es auch hier gute Beispiele für Zustiftungen, so bei den Festspielen Mecklenburg-Vorpommern. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement seien Felder, mit denen sich die Wirtschaft sehr gut identifizieren könne. Die Harmonisierung der Ressortmittel stehe gegenwärtig nicht im Mittelpunkt der Überlegungen. Es werde sehr schwierig sein, hier einheitliche Richtlinien oder Vorgaben zu erlassen, da dann einzelne Interessenlagen unter Umständen keine Berücksichtigung fänden. Es gebe in den Fachressorts nennenswerte Finanzmittel zur Stärkung des Ehrenamtes, die nach derzeitigem Erkenntnisstand auch sinnvoll eingesetzt würden.

Dr. Christof Eichert merkt an, dass bürgerschaftliches Engagement fast immer mit staatlicher Unterstützung verbunden sei. Das erfolge auf den verschiedenen Strukturebenen, z. B. durch die Landesverbände oder mit individuellen Förderprogrammen. Darauf den Landeshaushalt zu durchforsten, sei eine spannende Aufgabe. Er habe sich dieser Aufgabe gestellt und sei erstaunt gewesen, in wie vielen Einzelplänen sich die klassische Engagementförderung wiederfinde. Gewisse Steuerungsmöglichkeiten sehe er schon. Es sei auffallend, dass sich über Jahre gewisse Tendenzen und Fördermechanismen eingeschlichen hätten, die der jeweiligen Hausspitze wahrscheinlich gar nicht bekannt seien. Eingehend auf Dr. Wolfgang Weiß erklärt er, dass bewusst auf eine quantitative Studie verzichtet worden sei. Gleichwohl sei Politik angehalten in einer gesellschaftlichen Debatte statistische Zahlen zu berücksichtigen, sollte dies jedoch nicht an den Beginn eines Prozesses stellen. Statistiken könnten nie das Ergebnis spezifischer Befragungen ersetzen. Deshalb habe man einen umfassenden Katalog von mehr als 80 Fragen entwickelt. Übergreifende Ressortpolitik müsse sich der Frage stellen, wieviel Steuerungsmöglichkeiten gegeben seien, ohne die Fachlichkeit zu beschneiden.

Abg. **Maika Friemann-Jennert** fragt nach, wer überhaupt als „Ehrenamtler“ gelte. Es sei zu klären, welcher Nachweis zu erbringen sei, um gegebenenfalls Stiftungsmittel zu erhalten.

Bernd Rosenheinrich (Vorsitzender des Landesseniorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern e. V.) lobt aus eigener Erfahrung heraus die ergebnisoffene Herangehensweise der Herbert Quandt-Stiftung bei der Erstellung der Studie. Ihn interessiere die Entscheidungsebene bei der Vergabe der finanziellen Mittel und die Frage, inwieweit die ehrenamtlich Tätigen hier selbst eine aktive Rolle übernehmen könnten. Er hebt hervor, dass der Landesseniorenbeirat eine Aufgabe darin sehe, die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission mit den Kreisseniorenbeiräten zu diskutieren und die Mitglieder zu befähigen, vor Ort aktiv zu werden. Vor diesem Hintergrund mahnt er an, über die Förderung einer aufgabenspezifischen Weiterbildung auf Landesebene nachzudenken. Die mögliche Einführung einer landesweiten Ehrenamtskarte werde gegenwärtig nach seinem Empfinden sehr stark diskutiert. Sie sollte Möglichkeiten der ermäßigten oder gar kostenlosen Inanspruchnahme des öffentlichen Personennahverkehrs berücksichtigen. Dies sei gerade angesichts der mit der Kreisgebietsreform geschaffenen großen Flächenkreise für die Ausübung des Ehrenamtes unerlässlich. Zum anderen sollte die Ehrenamtskarte auch Anerkennung für die geleistete Arbeit darstellen. Eine Besserstellung der ehrenamtlich Tätigen in Städten gegenüber jenen im ländlichen Raum sei unbedingt zu vermeiden.

CdS **Dr. Christian Frenzel** stellt fest, dass die von Maika Friemann-Jennert gestellte Frage sehr schwer zu beantworten sei. Der Teufel stecke im Detail. Für den in Gang gesetzten Diskussionsprozess sei dies aber nicht entscheidend. Die Frage, wer als „Ehrenamtler“ gelte und wer nicht, sei noch völlig offen. Die Stiftung werde entsprechende Regelungen treffen müssen. Es gehe um unbürokratische Lösungen, die gemeinsam zu beraten seien. Das gelte gleichermaßen für die spätere Mittelvergabe. Bereits jetzt stehe fest, und das sollte ehrlich ausgesprochen werden: Auch mit einem Stiftungskapital, egal wie hoch, werden nicht alle Wünsche zu erfüllen sein.

Dr. Christof Eichert ist fest überzeugt, dass das bürgerschaftliche Engagement Älterer ausbaufähig sei, aber nicht als „Ersatzdienstleister“ für einen „klammen“

Staat. Jeder ehrenamtlich Tätige setze sich, unabhängig vom Alter, für Ziele ein, die ihm persönlich wichtig seien. Dieses zu unterstützen ohne zu dirigieren sei in den letzten Jahren nicht immer gelungen. Der Eigensinn bürgerschaftlichen Engagements sei grundsätzlich zu akzeptieren. Die von ihm genannte Zahl von 73 lokalen Anlaufstellen für ehrenamtliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern, basiere auf der Erhebung “Strukturanalyse engagementunterstützender Einrichtungen in Deutschland“. Damit sei in Mecklenburg-Vorpommern eine große Vielfalt gegeben, aber kein flächendeckendes Netzwerk. Die angedachten Mit-Mach-Zentralen auf Kreisebene könnten ein weiterer Baustein in diesem Beziehungsgeflecht sein.

Vors. **Jörg Heydorn** unterstreicht nochmals das große Interesse der Enquete-Kommission an einer engen Zusammenarbeit mit der Herbert Quandt-Stiftung zu diesem Themenfeld. Das Verfahren in der Kommission lehne sich an die bisherige Vorgehensweise an. In den zuständigen Arbeitskreisen der Fraktionen für die Belange der Enquete-Kommission seien die notwendigen Fragenkataloge zu erarbeiten. Danach trügen die zuständigen Fachressorts vor. Es sollten möglichst alle Ministerien, die sich mit der Frage des bürgerschaftlichen Engagements befassen, konzentriert an einem Sitzungstag vortragen. Die Staatskanzlei solle in diesem Rahmen eine Auswertung der Werkstattgespräche vornehmen. Als Zeitraum werde der Spätherbst ins Auge gefasst.

Unterbrechung der Sitzung von 14:13 Uhr bis 14:22 Uhr

PUNKT 3 DER TAGESORDNUNG

Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, RefL Lutz Scherling, **„Regionale Schrumpfung gestalten“**
hierzu: Anlage 2

Lutz Scherling (RefL in der Abteilung 3 – Landwirtschaft, Agrarstruktur –, Referat 320, Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern) erläutert, dass die Beschäftigung mit den Fragen des demografischen Wandels und seinen Herausforderungen insbesondere für die ländlichen Räume seit Jahren fester Bestandteil seiner Arbeit sei. Auf Grundlage dieser Erfahrungen sei er als Vertreter des Landes Mecklenburg-Vorpommern in die Arbeitsgruppe (AG) D der Demografiestrategie des Bundes entsandt worden und leite die Unterarbeitsgruppe (UAG) 1. Dort gehe es auch im Interesse des Landes um Mecklenburg-Vorpommern besonders um die ländlichen Räume in der Auseinandersetzung mit urbanen Räumen. Ein Handlungsfeld der AG D befasse sich mit der Stärkung der Regionen im demografischen Wandel und der Förderung der Lebensqualität in Stadt und Land. Im Mittelpunkt der Arbeit stehe die Frage, wie die Gesellschaft mit den vom demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen in Deutschland umgehe, was diese Regionen charakterisiere und welche Möglichkeiten der Einflussnahme es gebe. Ziele seien eine wissenschaftlich begründete Methode zur Abgrenzung der vom demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen in Deutschland und die Entwicklung eines nationalen Koordinierungsrahmens zur Sicherung der Daseinsvorsorge und Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft (vgl. Anlage 2, S. 2). An diesem Arbeitsauftrag seien verschiedene Bundesministerien, einige Bundesländer, Wissenschaftseinrichtungen und Vertreter der kommunalen Ebene beteiligt. Methodisch seien sowohl die Zeiträume 2000 bis 2010 als auch die Jahre 2010 bis 2030 betrachtet worden. Die Sicherung der Daseinsvorsorge und die Stärkung der Wirtschaftskraft habe man ebenso in die entsprechenden Indikatoren einfließen lassen (vgl. Anlage 2, S. 3) wie die kleinräumige Ableitung der jeweiligen Bedingungen und Prognosen. Beispielsweise habe im Bereich der Daseinsvorsorge die Ebene der Landkreise und im Bereich der Wirtschaftskraft die Ebene der Arbeitsamtsbezirke im Blickpunkt gestanden. Daraus seien deutschlandweit 696 Prognoseräume entstanden. Anhand von Karten (vgl. Anlage 2, S. 4) erläutert er die besondere regionale Betroffenheit bezüglich der Herausforderungen der Wirtschaftskraft und der Daseinsvorsorge, die sich insbesondere für Mecklenburg-

Vorpommern im Prognosehorizont bis 2030 ergeben. Es gehe bei dieser Art von Darstellung um den Grad der Herausforderungen für die jeweilige Region. Im Bereich der Daseinsvorsorge werde die Anzahl der Regionen mit besonderen Herausforderungen auch in den westlichen Bundesländern stark zunehmen, wohingegen die besonderen Herausforderungen in der Wirtschaft bis 2030 hauptsächlich in den ostdeutschen Bundesländern zu finden seien. Nach Betrachtung der prognostizierten Herausforderungen in den Regionen seien neun besondere Handlungsfelder definiert worden (vgl. Anlage 2, S. 5 ff.). Diese beträfen sowohl schrumpfende als auch wachsende Regionen und seien je nach Ausprägung in unterschiedlicher Reihenfolge aufgeführt. Beispielsweise lägen für die Region Vorpommern-Greifswald die Handlungsfelder „Sicherung der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche“, „Ausbau seniorenspezifischer Infrastruktur“ und die „Sicherung allgemeiner sozialer Infrastruktur“ an den Stellen eins bis drei. Weniger von Bedeutung seien die Handlungsfelder „Anpassung an sinkende regionale Nachfrage“ und „Integration“. In diesem Zusammenhang verweise er auf die interaktive Karte mit detaillierten Regionsprofilen im Internet auf www.demografie-portal.de. Diese sei ein Ergebnis der AG D und ermögliche Zugriffe auf Daten, Faktoren und Parameter aller Landkreise sowohl in Kurz- als auch in Langfassung. Jeder könne sich ein Bild darüber machen, wie es in den entsprechenden Handlungsbereichen in seinem Landkreis in den nächsten Jahren bis 2030 aussehe und Entscheidungen treffen, um den Anforderungen gerecht zu werden. Darüber hinaus habe die Arbeitsgruppe allgemeine fach- und ebenenübergreifende Handlungsempfehlungen erarbeitet. Es gebe keine allgemein übertragbaren und dennoch passgenauen Strategien. Antworten und Lösungen sollten in der jeweiligen Region gefunden werden. Den Kommunen solle mehr Gestaltungsspielraum eingeräumt und vielfältige Kooperationen befördert werden. Wichtig sei, integrative Planungs- und Lösungsansätze vor Ort zu verfolgen, strategische Handlungsfelder in den Blick zu nehmen und die regionale Wirtschaftskraft zu stärken. Regionale Akteure seien dabei aktiv zu beteiligen. So habe die Landesregierung vor Aufstellung des Entwicklungsplanes für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommern von allen Landkreisen integrative ländliche Entwicklungskonzeptionen abgefordert. Bei künftigen Ausschreibungen für LEADER-Wettbewerbe seien Fragen des demografischen Wandels als besonderer Schwerpunkt zu berücksichtigen. Die Frage der Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft werde als Ansatz mit in die

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) aufgenommen. Als weitergehende Literatur empfehle er den Bericht „Demografiestrategie der Bundesregierung“. Kürzlich seien die Arbeitsschwerpunkte für die nächste Phase der Demografiestrategie besprochen worden. Unter Leitung von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt werde sich die UAG 1 intensiver mit der Daseinsvorsorge vor Ort und Standards und Normen auseinandersetzen. Es sei ein Katalog von Maßnahmen und Mindestanforderungen der Daseinsvorsorge für vom demografischen Wandel besonders betroffene Regionen in Deutschland zu definieren. Weiterhin gelte es, Standards und Normen zu flexibilisieren. In diesem Zusammenhang sehe er interessiert der Veröffentlichung einer Studie der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer entgegen, welche sich mit Möglichkeiten zur Flexibilisierung befasse. Die UAG 2, die vom Bundesumweltministerium und Sachsen geleitet werde, befasse sich mit der nachhaltigen Anpassung von Infrastrukturen. Stichworte seien die Innenentwicklung in Dörfern, Barrierefreiheit und Multifunktionalität öffentlicher Gebäude. Themen anderer Arbeitsgruppen seien die „Regionale Wirtschaftsentwicklung“, „Interkommunale Kooperation“ und „Gesellschaftlicher Zusammenhalt vor Ort“. Bei allen Überlegungen gehe es um den Umbau von Rahmenbedingungen und nicht um den Abbau von Daseinsvorsorge. Er verweise auf die Broschüre „Regionale Schrumpfung gestalten“. Sie sei Ergebnis einer Workshopreihe mit 40 Experten aus allen Regionen Deutschlands. Ziel sei die Sicherung der Lebensqualität in diesen Räumen. Aktiv gestalten könne nur, wer eine positive Vision für schrumpfende Regionen habe. Mecklenburg-Vorpommern habe daher im Entwurf des LEP 2015 „Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen“ definiert. Dies sei für die Vergabe und Verteilung von Fördergeldern und Finanzen, insbesondere ab 2019, besonders wichtig.

Vors. **Jörg Heydorn** erklärt, dass der enge Kontakt zum Fachressort in dieser Frage für die Enquete-Kommission unabdingbar sei. Denn das Gremium stelle sich themenbezogen stets aufs Neue die Frage, wie Dienstleistungsangebote im räumlichen Kontext gewährleistet werden könnten. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen seien überschaubar und daher unter Beachtung der langfristigen Effekte einzusetzen.

Abg. **Rainer Albrecht** geht auf das Landesentwicklungsprogramm (LEP) ein, das sich gerade im Beteiligungsverfahren befinde. Schwerpunkt hierbei stellten die ländlichen Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen dar. Für viele sei die vorgenommene Aufteilung nicht nachvollziehbar. Besonders die zukünftige Verteilung von Fördermitteln inner- und außerhalb dieser Regionen bewege die Gemüter. Er fragt nach, inwieweit das Fachressort mit Zuarbeiten in diese Planung involviert sei.

Brigitte Paetow merkt an, dass die kleinteilige Betrachtung aufgrund der mit der Kreisgebietsreform vollzogenen Größe der Landkreise unter Einbeziehung ehemaliger kreisfreier Städte vorsichtig zu bewerten sei und teilweise auch das Bild verzerre, denke sie nur an die Stadt Greifswald im Landkreis Vorpommern-Greifswald. Weiterhin fragt sie nach, für welchen Geltungsbereich, Bundes- oder Landesebene, die angesprochenen Mindeststandards der Daseinsvorsorge zuträfen. Sie möchte darüber hinaus wissen, inwieweit in die öffentliche Beteiligung zum LEP zivilgesellschaftliche Organisationen einbezogen worden seien.

Thomas Deiters greift den Gedanken von Lutz Scherling auf, wonach es bei den ländlichen Räumen mit besonderen demografischen Herausforderungen um die Flexibilisierung von Normen und Standards gehe. Er fragt nach, was das konkret beinhalte.

RefL **Lutz Scherling** stellt klar, dass die Verantwortung für das neue LEP beim Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung liege und damit auch die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen. Natürlich sei man als Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz involviert und habe eine umfangreiche Stellungnahme zu dieser Problematik abgegeben. Gerade die Frage der neuen Raumkategorie sei auf Arbeitsebene intensiv zwischen beiden Häusern diskutiert worden. Schließlich sei man als Fachressort für die finanzielle Unterstützung der ländlichen Räume federführend verantwortlich. Er vergleiche die in der Diskussion stehende Raumkategorie gern mit der Ziel 1-Gebietsförderung der Europäischen Gemeinschaft. Hätte man seinerzeit diese Definition nicht vorgenommen, hätten die neuen Bundesländer nicht die insgesamt positive Entwicklung nehmen können. Es gehe bei den ländlichen Räumen mit besonderen

demografischen Herausforderungen nicht um Abbau, sondern um Umbau. Beim Kommunalen Standarderprobungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern *[KommStEG M-V]* könne man von allem abweichen, soweit nicht Bundes- oder Europarecht entgegenstehe. Im Ergebnis solle die Arbeitsgruppe, in der er mitwirke, ein solches Gesetz auf Bundesebene anregen. Es gehe nicht um Anarchie, sondern darum, andere Wege zu gehen, um das Steuerungsziel zu erreichen. Die Deutschen neigten dazu, alles regeln zu wollen. Das führe teilweise zu Ergebnissen, die nur noch ein Kopfschütteln hervorrufen. Ein bundesweit beachtetes Projekt seien die multiplen Häuser in der Haff-Region in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen von LEADER. Häuser im Dorfkern würden so ausgestattet, dass sie für verschiedene Dienstleister nutzbar seien. Jede Umbaumaßnahme setze jedoch die Beteiligung eines Juristen voraus, um dem Baurecht Rechnung zu tragen. Hier liege eine Standardöffnung mit Sicherheit im Interesse aller Beteiligten. Mindestanforderungen in der Daseinsvorsorge müssten immer aus Sicht der Betroffenen erfolgen und dürften nicht territorial determiniert sein.

Vors. **Jörg Heydorn** unterstreicht, dass die Definition von Mindestanforderungen für die Daseinsvorsorge aufgrund territorialer Unterschiede äußerst schwierig sei und führt als Beispiele das Nichtraucherschutzgesetz *[NichtRSchutzG M-V]* und das Rettungsdienstgesetz *[RDG M-V]* des Landes Mecklenburg-Vorpommern an. In der Diskussion sei den Betroffenen in den ländlichen Räumen aufzuzeigen, welche Erleichterungen sie bei einem Wegfall von Standards im Gegenzug erhielten. Diesen Diskurs sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene anzuschieben und zu gestalten, sei eine wichtige Aufgabe.

Dr. Wolfgang Weiß interessiert, vor welchem Hintergrund sich die Demografiestrategie der Bundesregierung gestalte. Dazu hätten die Ausführungen von Lutz Scherling wichtige Impulse geliefert. Nach 40 Jahre demografischer Wandel in Deutschland sei das auch dringend notwendig. Natürlich sei die Einordnung in eine gewisse Gebietskulisse fördertechnisch unter Umständen von Vorteil. Andererseits biete die Nichteinbeziehung Möglichkeiten von Freiräumen. Überplanung sei auch immer mit Restriktionen verbunden.

Vors. **Jörg Heydorn** geht nochmals auf die ländlichen Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen ein und stellt fest, dass man in Westmecklenburg Angst habe, aus der bisherigen Förderkulisse herauszufallen. Die für diese Raumkategorie vorgesehenen Gebiete befürchteten ihrerseits eine Stigmatisierung. Wichtig sei, deutlich zu machen, was mit der Ausweisung der ländlichen Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen ganz konkret verbunden sei. Geld allein könne die Antwort nicht sein. Das habe in der Vergangenheit nie wirklich richtig funktioniert. Es gehe um Standardabsenkungen oder -öffnungen ohne vorherige Antragstellung.

Thomas Deiters geht auf die bisherige Praxis mit der Handhabung der Standards ein. Es sei bisher immer so gewesen, dass die einzelnen Ressorts wortreich unter Verweis auf bestehende Verwaltungsvorschriften dargelegt hätten, warum eine Standardöffnung im jeweils konkreten Fall nicht möglich oder nur befristet zulässig sei. Das führte dazu, dass man vor Ort viel pragmatischer an die Probleme herangegangen sei, indem man die Normen einfach nicht mehr eingehalten habe. Letztendlich gehe es bei der Diskussion zum LEP immer um die konkreten Auswirkungen der unterbreiteten Vorschläge. So stehe die Frage im Raum, ob die Ausweisung der ländlichen Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der zukünftigen Förderpraxis oder mit der Veränderung von Normen zu sehen sei, also zum Beispiel längere Wege zu Schulen oder Kindertagesstätten ermögliche. Hier bestehe nach wie vor noch keine Klarheit. Man müsse sich bei der Ausweisung einer neuen Raumkategorie im LEP auch dessen bewusst sein, dass damit ganz bestimmte Erwartungshaltungen geweckt werden, die dann im Nachgang auch zu erfüllen seien.

RefL **Lutz Scherling** stimmt den Ausführungen von Thomas Deiters zu. Die Bandbreite sei sehr groß und reiche von der Frage des Erhalts der Schullandschaft im ländlichen Raum bis hin zur Gewährleistung der Mobilität im Rahmen einer umfassenden Daseinsvorsorge. Man befinde sich in einer Arbeitsphase, in der die einzelnen Fachressorts gefordert seien, ganz konkrete Überlegungen anzustellen. Schließlich sei mit einer Vielzahl von Festlegungen die umfassende Gewährleistung einer den Anforderungen der Bevölkerung entsprechenden Daseinsvorsorge zu sichern. Es gehe um eine hohe Lebensqualität für alle Menschen, unabhängig von

ihrem Alter und in allen Regionen des Landes. Die Größe der Verwaltungsstrukturen nach der Kreisgebietsreform zwinge dazu, Erhebungen zukünftig stärker als bisher unterhalb der Kreisgrenzen anzustellen. Dazu bedürfe es unter anderem bestimmter Raumkategorien.

Bernd Rosenheinrich (Vorsitzender des Landesseniorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern e. V.) geht auf die detaillierten Handlungsvorschläge des MORO-Projektes der Planungsregion Westmecklenburg ein, die dem Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz im November 2013 übergeben worden seien und fragt nach, wie damit umgegangen werde.

Lutz Scherling sichert als für dieses Projekt zuständiger Mitarbeiter im Fachressort zu, das die Ergebnisse in die Überlegungen des Ministeriums detailliert einbezogen würden. Gleichwohl sei es jedoch wichtig, dass die Akteure vor Ort ihre eigenen Erkenntnisse mit Leben erfüllten. In der Umsetzungsphase sei das Fachressort dann natürlich gefordert.

PUNKT 4 DER TAGESORDNUNG

Allgemeine Kommissionsangelegenheiten

Vors. **Jörg Heydorn** erinnert daran, dass die nächste Kommissionssitzung am 27. Juni 2014 bereits um 10 Uhr beginnt. Ergänzend gibt er bekannt, dass Baulärmuntersuchungen ergeben hätten, dass der Plenarsaal in der Regel auch zukünftig für die Sitzungen der Enquete-Kommission nutzbar sei.

Ende der Sitzung: 15:21 Uhr

Wi/Bo/Pe/Ru/Br

Jörg Heydorn
Vorsitzender



Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl

Faktoren für bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern

HERBERT QUANDT-STIFTUNG

Programm "**Bürger.Innen.Land – Für eine aktive Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern**"

BÜRGER.INNEN.LAND | Vier Säulen



Praxisprojekte in Anklam, Greifswald, Lalendorf und Demmin



Diskussionsreihe „Gedanken zur Zukunft“ in Schwerin



Interdisziplinäre Denkwerkstatt mit der Mecklenburger AnStiftung, Wismar



Studien: Infratest dimap, „Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl“ und Wolf Schmidt, „Kunst des Bleibens“

infratest dimap

HERBERT QUANDT-STIFTUNG

MECKLENBURG-VORPOMMERN | **Rahmenbedingungen**

- Traditionell strukturschwache Region mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen, nur ansatzweise Erholung nach der Wende
- Historisch begründete Erwartungen an den Staat
- Geringe Investitionen, Arbeitslosigkeit, Abwanderung, überschuldete Gemeinden
- Überdurchschnittliche Alterung der Bevölkerung
- Eingeschränktes Politik-, Demokratie- und Systemvertrauen
- In einigen Regionen hohe Sympathie für rechtes Gedankengut
- Anteil freiwillig Engagierter ist gut, aber ausbaubar

Infratest dimap-Studie: „Auf der Suche nach dem WIR-Gefühl“

Ausgangsfragen

- Welche begünstigenden und hemmenden Faktoren für bürgerschaftliches Engagement gibt es in Mecklenburg-Vorpommern?
- Welche Möglichkeiten gibt es, die Bedingungen für mehr Quantität und Qualität zivilen Bürgerhandelns umzugestalten und Potenziale für die weitere Entwicklung von Engagement zu erschließen?
- Welche konkreten Maßnahmen vor Ort sind geeignet, Engagement zu initiieren?

Vorgehen

- Qualitativ orientierte Studie; 8 Gesprächsrunden (Focus-Groups) in den Gemeinden Greifswald, Wismar, Anklam, Demmin und Lalendorf mit insgesamt 81 in ehrenamtlichen Funktionen engagierten und nicht engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie 8 Einzelgespräche mit Experten
- Vorteil einer qualitativen Studie: nicht repräsentativ, aber sehr dichte, differenzierte, detailreiche Erfassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und gutes Abbild der gesellschaftlichen Wirklichkeit

Ausgangsfeststellung | **Die „Grundformel“ für Engagement-Bereitschaft lautet**

Bildung

+

Soziale Integration durch Arbeit

+

Mindestmaß an finanzieller Unterstützung

=

Bereitschaft zum freiwilligen Engagement

STUDIENERGEBNISSE | **Einflussfaktoren auf Engagement**

- **Bildung und Jugendarbeit**
- **Soziale Integration**
- **Gesellschaftliche Kräfte / Parteien**
- **Infrastruktur für Engagement und ideelle Anerkennung**

EINFLUSSFAKTOR | **Bildung und Jugendarbeit**

- Erfolgreiche Schulbildung, Schulabschluss
- Verständnis von geschichtlichen Zusammenhängen
- Grundwissen zum Funktionieren von Gesellschaft und Demokratie
- Frühes Einüben von demokratischen Verhaltensweisen, Streitkultur und Toleranz
- Frühe Integration in Vereinsleben

EINFLUSSFAKTOR | **Soziale Integration**

- Erwerbsarbeit in der Region
- gesellschaftliche Integration, Anerkennung, Gefühl des Gebrauchtwerdens
- Schaffung eines örtlichen Wir-Gefühls, Identifikation mit dem Lebensort und seiner Geschichte

EINFLUSSFAKTOR | **Gesellschaftliche Kräfte / Parteien**

- Politiker und Parteien nehmen eine starke Rolle bei der Förderung von Engagement ein.
- CDU, SPD, Grüne und Linke entwickeln ein *„gemeinsames Anpacken“* der kommunalen Probleme, initiieren Aktionen und befördern damit auch Engagement.
- Es bleibt kein gesellschaftliches Vakuum, das ausgenutzt werden könnte.

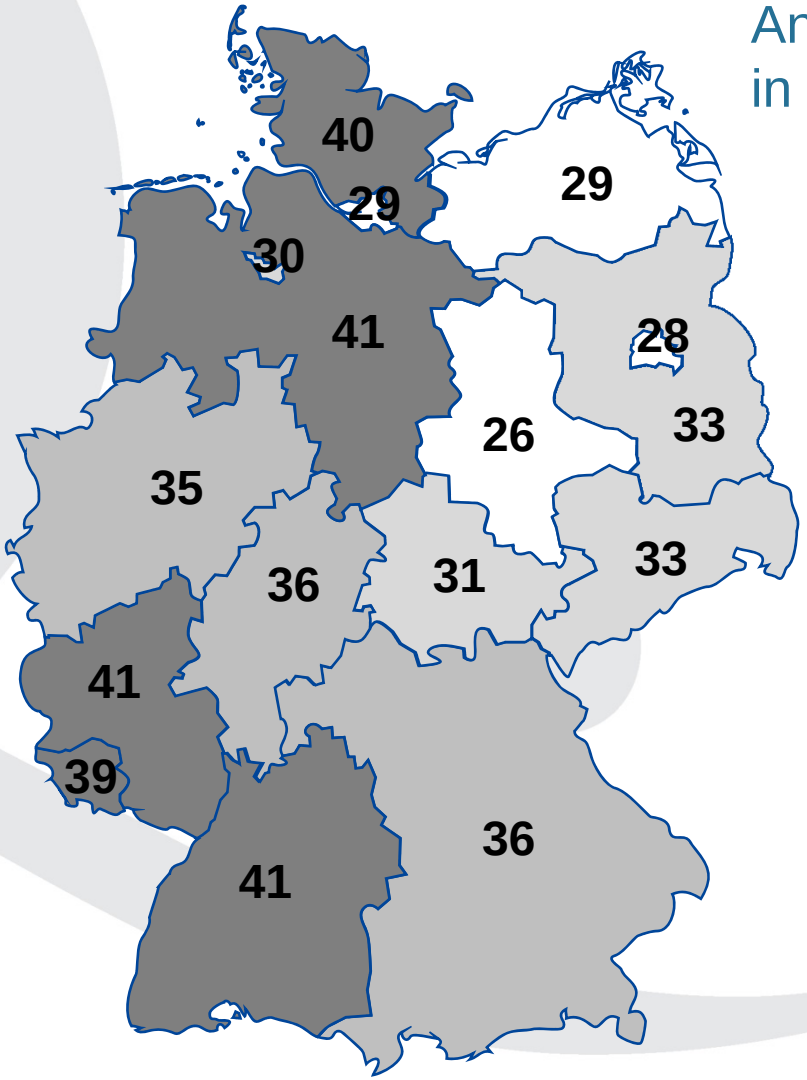
EINFLUSSFAKTOR | **Infrastruktur für Engagement und Ideelle Anerkennung**

- Öffentliche Anerkennung und Wertschätzung durch Kreis und Kommune (z.B. Jahresempfang für Engagierte, Ball der Vereine)
- Anlaufstelle für Engagierte, Unterstützung auch im Kleinen, Raum-Bereitstellung…
- Finanzielle Unterstützung bei Nebenkosten des Engagements (Fahrt-, Miet-, Materialkosten)

infratest dimap

HERBERT QUANDT-STIFTUNG

Anteil freiwillig Engagierter in den Bundesländern

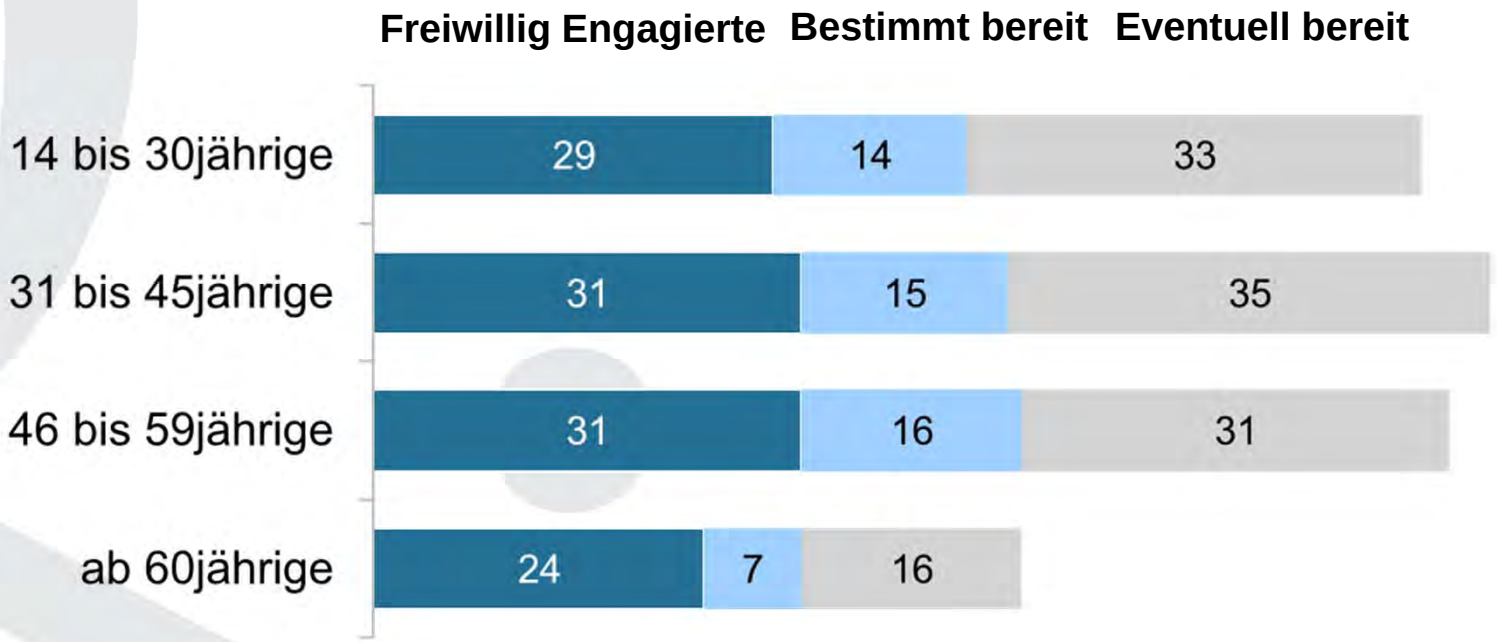


Mecklenburg-Vorpommern etwa im Schnitt der neuen Länder; absolut: 420.000 Engagierte



Bevölkerung ab 14 Jahren / Angaben in Prozent
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, TNS Infratest Sozialforschung

Anteil freiwillig Engagierter und Freiwilligenpotentiale nach Altersgruppen – Senioren liegen unter dem Landesschnitt



Bevölkerung ab 14 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern / Angaben in Prozent
Quelle: Freiwilligensurvey 2009, TNS Infratest Sozialforschung

Empirische Erfahrungen



Quelle: Bertelsmann Stiftung, Projekt mitWirkung, 2005

Erfolgs-Faktoren für Partizipation (bei Jugendlichen erforscht – hier auf Senioren übertragen)

Jeder Faktor baut auf dem anderen auf!

1. Information über Beteiligungsangebote
2. Qualifikationsempfinden für Engagement
3. Mitwirkungsmöglichkeiten im Alltag
4. Angebote von Vereinen
5. Positive Mitwirkungserfahrungen
6. Engagement-Neigung im Freundeskreis
7. konkreter eigener Veränderungswille

Dauerhafte Absicherung der engagementfördernden Einrichtungen



FAZIT | **Vorschläge zur Stärkung von freiwilligem Engagement**

- Ressort-übergreifende Engagement-Politik auf Landesebene
- Finanzielle, sachliche und personelle Unterstützung des Ehrenamtes über alle Ressorts hinweg harmonisieren
- Zentrale Kommunikationsstrategie des Landes zum Ehrenamt
- Errichtung einer Engagement-Brücke zwischen Staat und Bürgerschaft, z.B. durch eine Engagement-Stiftung
- Vernetzung aller gesellschaftlichen Kräfte im Bereich Engagement
- Qualifizierung von Senioren für ehrenamtliche Tätigkeiten (Senior-Trainer, Bürger-, Lese-, Demenzpaten, Ausbildungsmentoren etc.) fortführen
- Dauerhafte Absicherung der engagementfördernden Einrichtungen, speziell der Anlaufstellen auf Landkreisebene
- Örtliche Angebote für Begegnungsmöglichkeiten, z.B. in „Bürgerzentren“

HERBERT QUANDT-STIFTUNG

Mögliche Strukturen einer Engagement-Förderung in Mecklenburg-Vorpommern

	Allgemeine Engagement-Politik	Engagement und Fach-Politik	Landes-Engagement-Förderung	Politische Bildung
Landesmittel	***Allgemeine Landesstrategie*** ▪ Rechtlicher Rahmen in Bund, Land und Kommunen ▪ Politische Strategien ▪ Allgemeine Öffentlichkeitsarbeit ▪ Zusammenarbeit mit Spitzenverbänden des Engagements	***Engagement als Baustein der Ressort-Aufgabe*** ▪ Bürgerschaftliches Engagement als Teil der Fachaufgabe ▪ Kooperation mit Fach-Verbänden ▪ Engagement-Projekte im Kontext fachlicher Programme	***Förderung des allgemeinen Engagements*** ▪ Info-Portale ▪ Projektförderungen ▪ Förderung von Engagement-Akademien ▪ Ehrungskultur ▪ Vernetzung von Trägern der Freiwilligenarbeit	***Demokratie-Förderung*** ▪ frühe Bildung für Engagement in Schulen ▪ Allgemeine politische Bildung ▪ Politische Stärkung der Partizipation ▪ Politische Geschichte ▪ Gedenkstätten
	Staatskanzlei	Fach-Ministerien	Landesstiftung	Landeszentrale pol. Bil.

Enquete-Kommission „Älter werden in MV“

Schwerin, 20. Juni 2014

Mecklenburg Vorpommern

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz



Regionale Schrumpfung gestalten

Sicherung der Daseinsvorsorge und Stärkung der Wirtschaftskraft

Lutz Scherling, RL Agrarpolitik und Agrarmärkte im
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Auftrag – erste Phase der Demografiestrategie 2011 - 2013

Mecklenburg Vorpommern
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Arbeitsgruppe D der Demografiestrategie „Jedes Alter zählt“:

Mitglieder: **BMVBS, BMELV,** BMI, BMWi, Bundeskanzleramt, **TH**, **MV**, NI, NW, BE, BY, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Bundesinstitut für Bau, Stadtentwicklung und Raumordnung (BBSR), Thünen Institut (TI)

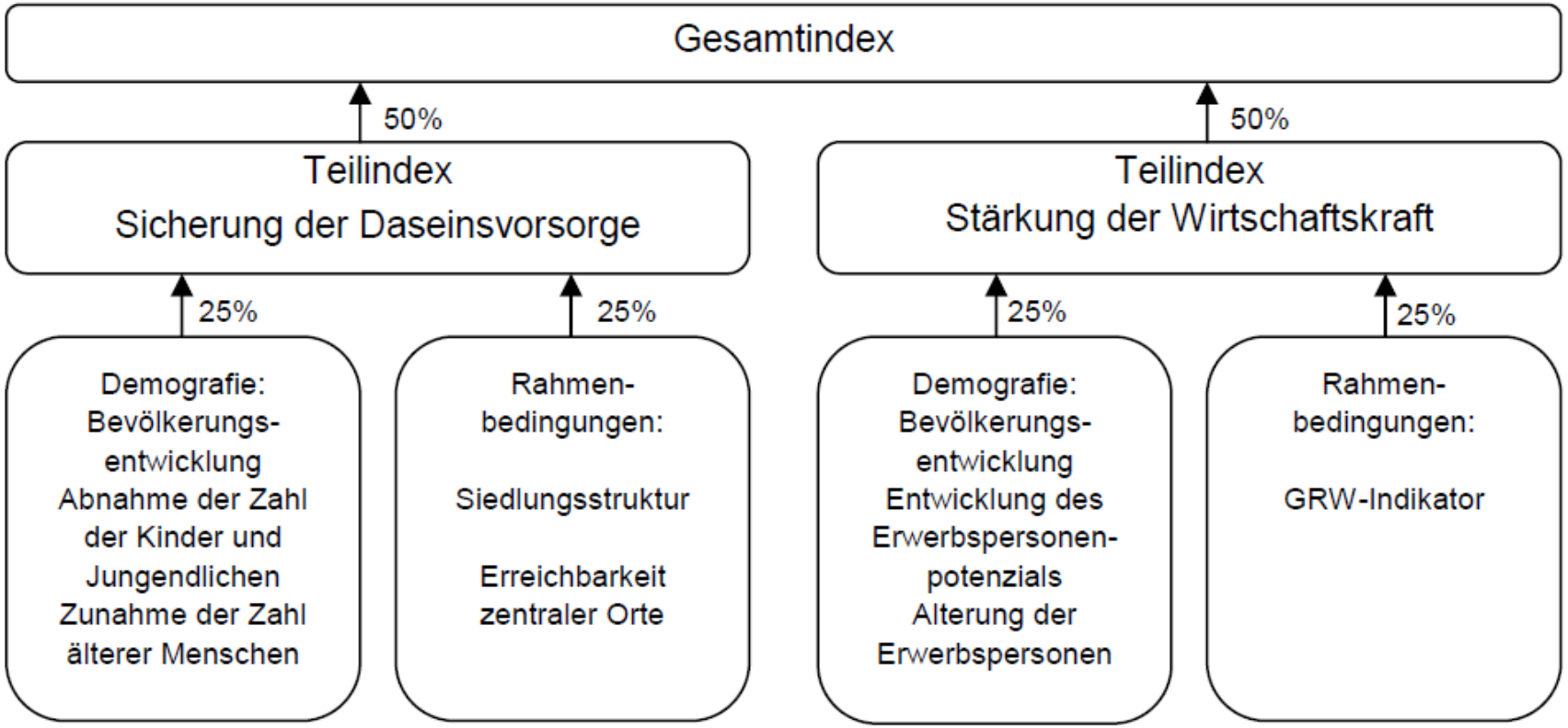
Entwicklung eines nationalen Koordinierungsrahmens zur Sicherung der Daseinsvorsorge und Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft

Grundlage dafür ist:

eine wissenschaftlich begründete Methode zur Abgrenzung der vom demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen in Deutschland

- wurde in UAG 1 der **AG D, unter Leitung MV** erarbeitet,
- zeigt spezifische demografische Herausforderungen der Regionen,
- soll nicht stigmatisieren, sondern den unterschiedlichen Grad der zu erwartenden Entwicklungsnachteile verdeutlichen,
- ist für alle Entscheidungsebenen und Fachpolitiken anwendbar,
- steht interaktiv im Internet unter www.demografie-portal.de zur Verfügung.

Methodik

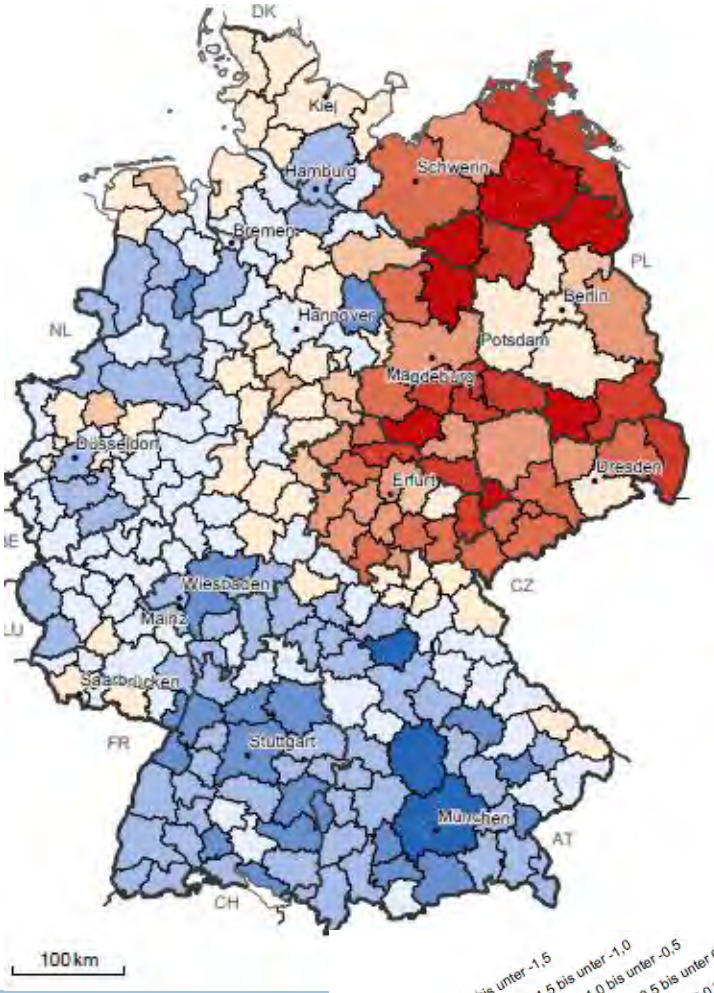


Ziel: Betroffenheit der Kreise (LK, Arbeitsmarktregionen) zu einer Zahl zusammen zu fassen und bundesweit vergleichbar zu gestalten

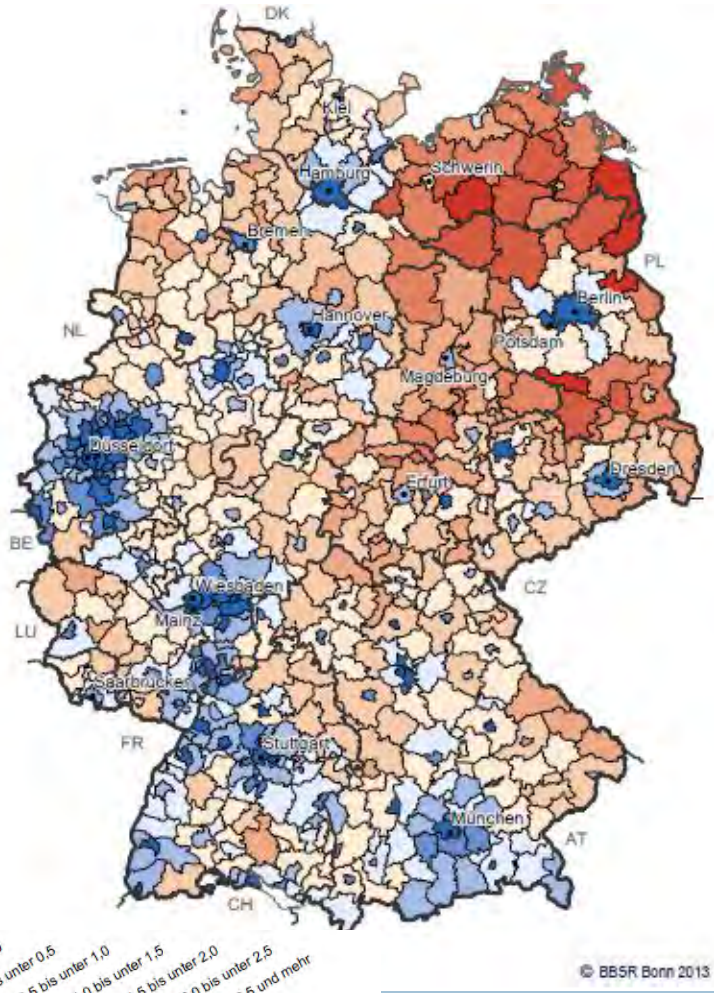
Regionale Betroffenheit

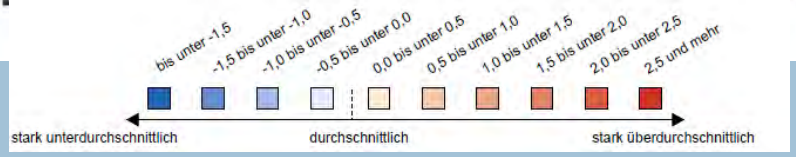
Mecklenburg Vorpommern
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Herausforderung Wirtschaft



Herausforderung Daseinsvorsorge

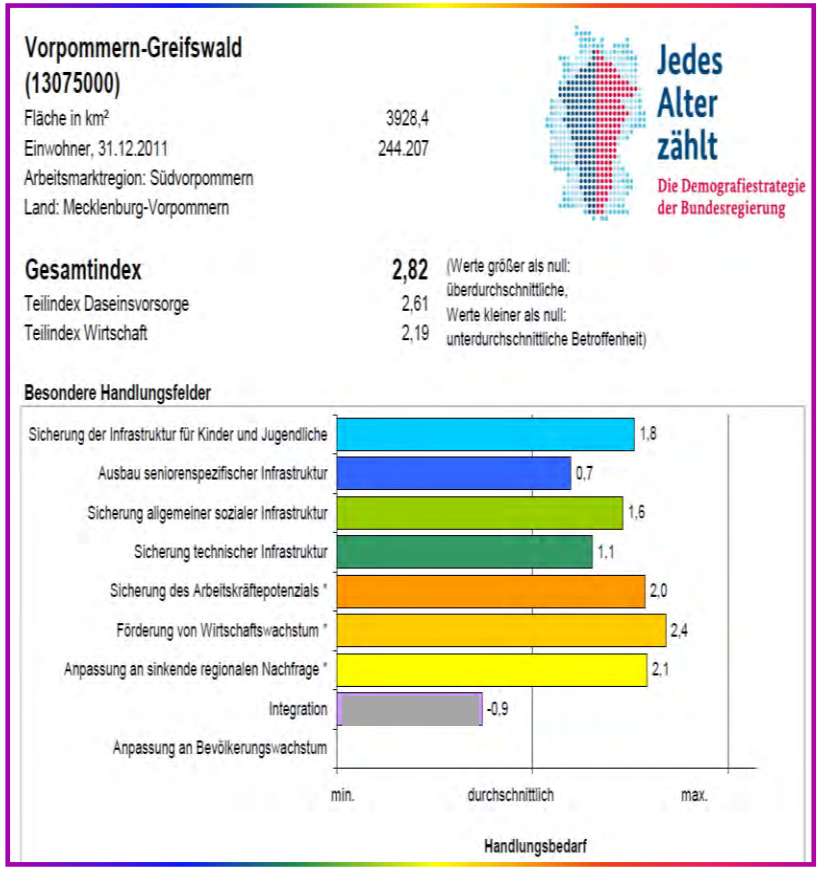




© BBSR Bonn 2013

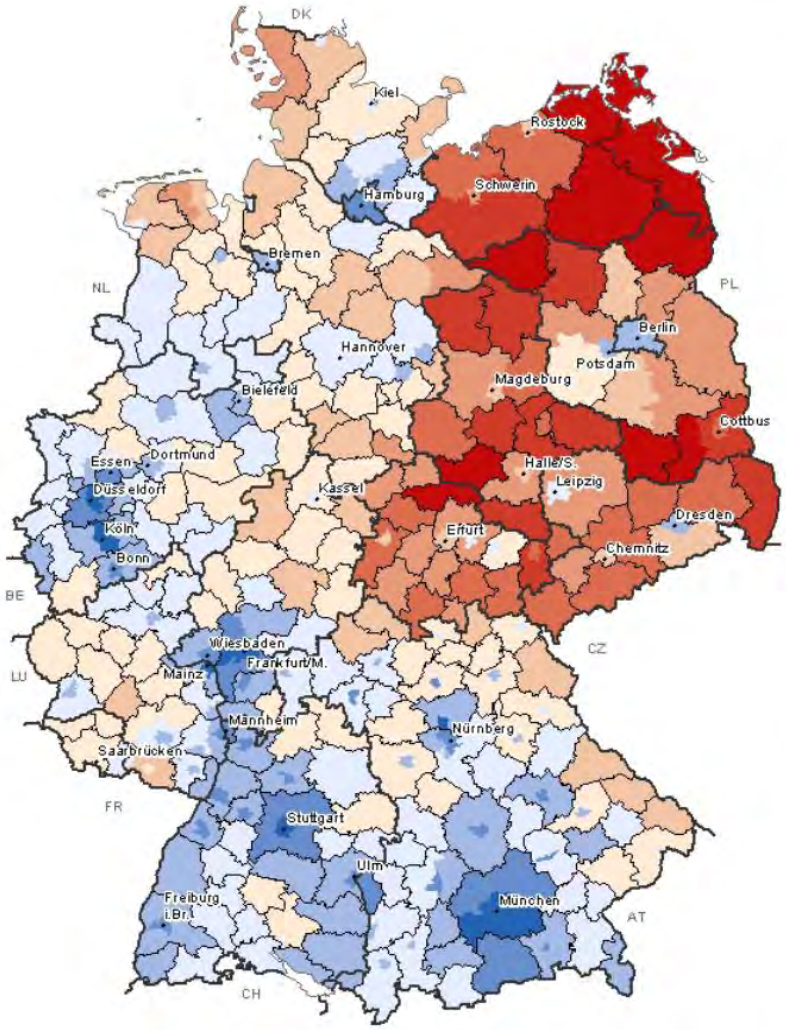
Neun besondere Handlungsfelder

- Sicherung der Infrastruktur für Kinder und Jugendliche
- Ausbau seniorenspezifischer Infrastruktur
- Sicherung allgemeiner sozialer Infrastruktur
- Sicherung technischer Infrastruktur
- Sicherung des Arbeitskräftepotenzials
- Förderung des Wirtschaftswachstums
- Anpassung an sinkende regionale Nachfrage
- Integration (nicht Teil der Indizes)
- Anpassung an Bevölkerungswachstum (nicht Teil der Indizes)



Situation Deutschland – interaktive Karte

Mecklenburg Vorpommern
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz



Demografischer Wandel in Stadt und Land

Jedes Alter zählt
Die Demografiestrategie der Bundesregierung

BBSR
THÜNEN

Demografischer Wandel:

Regionale Herausforderungen bei der Sicherung der Daseinsvorsorge und bei der Stärkung der Wirtschaftskraft

durchschnittlich

stark unterdurchschnittlich — stark überdurchschnittlich

— Arbeitsmarktregionen

Um zur Detailansicht zu gelangen bitte das jeweilige Bundesland anklicken.

mit detaillierten Regionsprofilen

Datenbasis: Räumliches Informationssystem des BBSR
Geometrische Grundlage: GeoBasis-DE/BKG, Kreise, 31.12.2011

Handlungsempfehlungen aus der AG D zur Stärkung der Regionen

Mecklenburg Vorpommern
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz



Seiten 38 - 45

Fach- und ebenenübergreifend wird empfohlen:

- regionsspezifische Antworten geben – passgenaue Strategien erforderlich
- Kommunen mehr Gestaltungsspielräume geben
- vielfältige Kooperationen befördern
- integrative Planungs- und Lösungsansätze vor Ort verfolgen
- strategische Handlungsfelder in den Blick nehmen
- Regionale Wirtschaftskraft stärken
- regionale Akteure aktiv informieren und beteiligen
- Rahmensetzungen von EU, Bund und Ländern mit regionaler Flexibilität verbinden

Auftrag – zweite Phase der Demografiestrategie

Mecklenburg Vorpommern
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Leitung der AG D durch BMEL, BMUB, BMVI, weitere Teilnehmer: BMBF, BKM

Arbeitsschwerpunkte

1. Einrichtungen der Daseinsvorsorge und regionale Infrastruktur

   1.1 Daseinsvorsorge vor Ort
   1.2 Standards und Normen
   ➡ UAG 1 Leitung MV und ST

   1.3 Nachhaltige Anpassung von Infrastrukturen
   (Innenentwicklung, Barrierefreiheit, Multifunktionalität öffentlicher Gebäude)
   ➡ UAG 2 Leitung BMBU und SN

2. Regionale Wirtschaftsentwicklung ➡ AG D - durch BMWi

3. Interkommunale Kooperation ➡ UAG 3 - Leitung kommunale Spitzenverbände; BMF

4. Gesellschaftlicher Zusammenhalt vor Ort ➡ UAG 4 Leitung TH und BY

Zeitplan: Juni 2014 – Mai 2015

Regionale Schrumpfung gestalten (TI, BLE)

Mecklenburg Vorpommern
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz



Aktiv gestalten kann nur, wer eine positive Vision für schrumpfende Regionen hat:

- mehr demokratische Selbstbestimmung,
- soziale, technische, ökologische Innovationen,
- Einbindung von Raumpionieren.

Ergebnis einer Workshopreihe mit 40 Experten aus allen Regionen Deutschlands, ***Oktober 2013***

9 Handlungsempfehlungen

Konzeptbasierte regionale Siedlungsentwicklung und kleinräumiges Monitoring

Regionaler Siedlungsumbau

Verbesserung der regionalen Einkommenschancen und Versorgungsqualität

Dorfmanager

Regionale Koordinierung und Zukunftsdialoge

Zukunfts-Check öffentlicher Investitionen

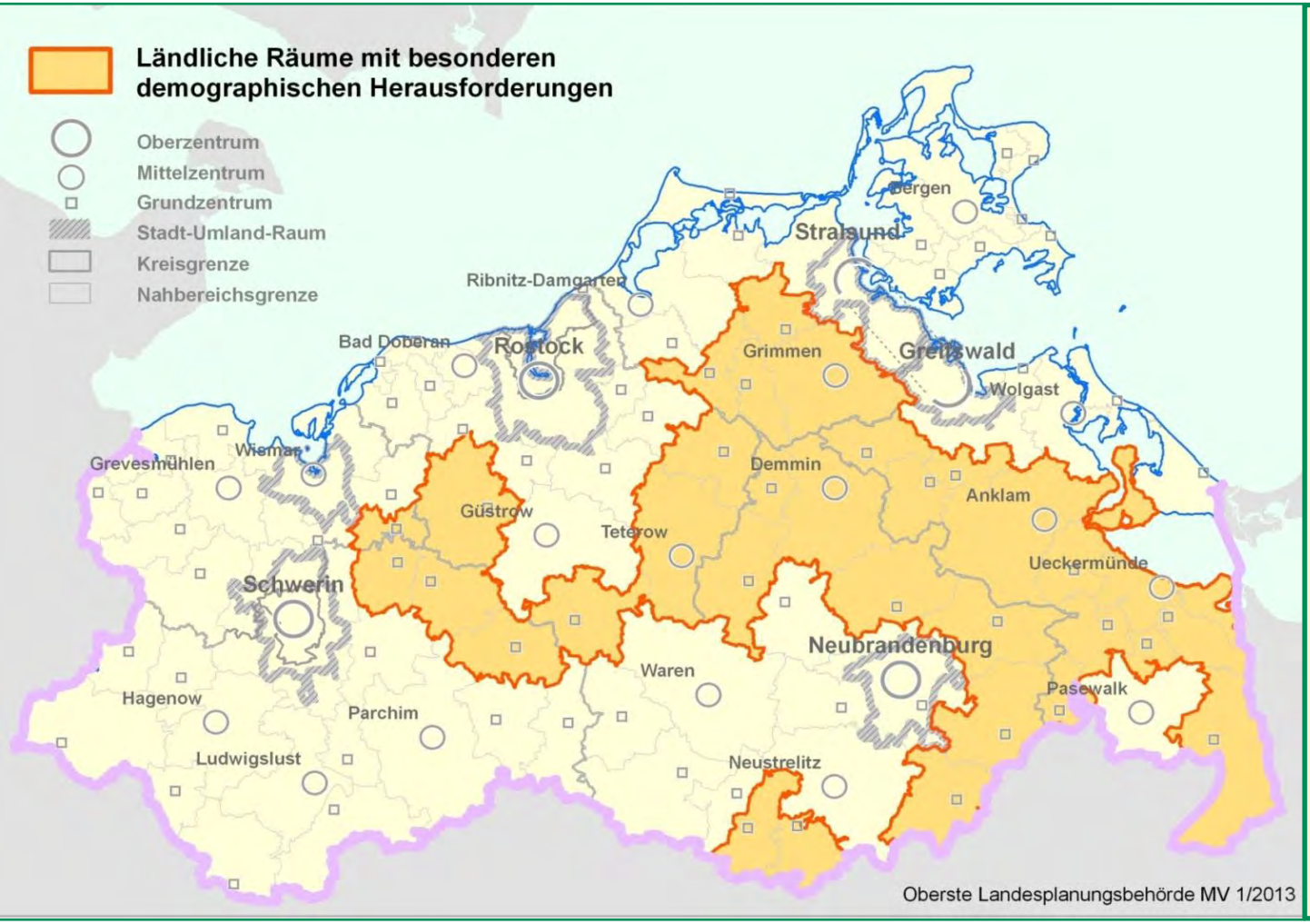
Regionaletats *(GRW – Regelfördertatbestand, LEADER)*

Flexibilisierung von Standards der Daseinsvorsorge

Besondere staatliche Aufmerksamkeit bei starker Schrumpfung

LRmbdH – die Raumkulisse im Entwurf LEP 2015

Mecklenburg Vorpommern
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz



Fakten:

- 32 Nahbereiche der 96 ZO
- 35 % der Fläche
- 18 % der EW
- 16 % SVP am WO

Lage:

- zentren- und küstenfern
- Zentral- und Ost-Mecklenburg und Vorpommern

Raumkategorien in M-V

Mecklenburg Vorpommern
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Festlegungen im LEP 2005:

Stadt-Umland-Räume
Strategie: Ordnung
Maßnahmen: Kooperation / Abstimmung, Stadt-Umland-Konzepte

Ländliche Räume
Strategie: Entwicklung
Maßnahmen: In-Wert-setzen der spezifischen Potentiale

Festlegungen im Entwurf LEP 2015 (neu dazu):

Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen
Strategie: Stabilisierung / Sicherung (der Daseinsvorsorge)
Maßnahmen: Flexibilisierung / Anpassung von Standards, Normen, Finanzierungen, Förderung … (durch Fachressorts, kommunale Ebene …)

Im EPLR M-V 2014 -2020 als möglicher Bedarf berücksichtigt

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

Mecklenburg Vorpommern
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

